



Breslauer

Zeitung

N^o 52.

Sonnabend den 21. Februar

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammer-Verhandlungen.) — (Parlamentarisches.) — (Die Mission des geh. Reg.-Raths Niebuhr.) — (Zur Tages-Chronik.) — Königsberg. (Kriegsgerichtliches Urteil. Selbstmord.) — (Wahl des Gemeinderathsvorstandes.) — (Aus der zweiten Kammer.) — Deutschland. Frankfurt. (Die Gothaer. Die deutsche Flotte.) — Kassel. (Der landständische Ausschuss.) — Darmstadt. (Entscheidung über die rheinisch. Eisenbahn.) — Wiesbaden. (Aenderung des Gesetzes über die Centralverwaltung.) — Aus Thüringen. (Ein neuer Gesetzentwurf des Ministeriums zu Weimar. Ausschreibung der Landtagswahlen in Gotha.) — Braunschweig. (Eröffnung des Landtags.) — Hamburg. (Berichtigung in Bezug auf das Nordseegereschwader. Abmarsch der Bundesstruppen.) — Kiel. (Uebergabe der Regierung an Dänemark.) — Dänemark Kopen.-hagen. (Minen gegen das Ministerium.) — Oesterreich. Wien. (Die Zollkonferenz.) — (Vermischtes.) — Frankreich. Paris. (Amtliches.) — (Die Wahlen.) — Großbritannien. London. (Parlamentverhandlungen.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Versammlung der konstitutionellen Ressource im Weißgarten.) — (Elementarschulsache.) — (Central-Auswanderungsverein.) — (Kinderbettelei.) — (Theater-Redoute.) — Buthen. (Wegebauten.) — Frankenstein. (Jesuitenmission. Deutschkatholisches. Industrieausstellung.) — Aus dem Bielefelder. (Unsicherheit der Person und des Eigenthums.) — Aus dem Elber Kreise. (Kreistag.) — Notizen aus der Provinz. — Wissenschaft, Kunst und Literatur. Breslau. (Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur.) — (Literarische Notizen.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Berlin. (Schutz der rheinischen Zuckerproduktion gegen das Ausland.) — (Industrielle, landwirthschaftliche und merkantile Notizen.) — Breslau. (Produktenmarkt.) — (Berliner und seltener Markt.) — Breslau. (Zur Industrie-Ausstellung.) — (Kaufmännischer Verein.)

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 18. Februar, Mittags 12 Uhr. Heute ist das neue Preßgesetz erschienen. Die wichtigsten Artikel desselben sind: Zur Herausgabe von Journalen und periodisch erscheinenden Schriften, so wie bei Aenderung der Eigentümer, Redakteure und Geranten, bedarf es der Autorisation. Für Paris, Lyon und andere größere Städte beträgt die zu stellende Kaution 50,000 Franks, in kleineren Städten die Hälfte.

Der Stempel für in Paris und Versailles auszugebende fremde Zeitungen beträgt 6 Centimes, in anderen Städten die Hälfte. Zwei Verurtheilungen eines Journals in zwei hintereinanderfolgenden Jahren ziehen die Unterdrückung desselben nach sich.

Außerdem enthält das Gesetz eine Menge von anderen Strafbestimmungen, theils zu Gefängniß, theils zu Geldbußen.

Breslau, den 20. Februar.

Es erscheint uns sowohl für das Land wie für die Kammern selbst nachtheilig, daß die Denkschriften und Berichte, welche die einzelnen in den Kammern gestellten Anträge theils zu begründen, theils zu beurtheilen pflegen, außerhalb der Kammern so wenig bekannt werden, und bekannt werden können.

Wer jetzt nicht zufällig einen Freund in den Kammern hat, kann diese Druckschriften gar nicht erlangen, und auch in dem angenommenen Falle ist es nicht immer möglich, die eine oder die andere zu erhalten, weil man in der Zahl der Abdrücke sparsam ist.

Und doch ist gerade in diesen Denkschriften und Berichten eine viel reichere thatsächliche Belehrung zu finden, als in den Debatten der Kammern. Denn jene enthalten in der Regel die Fülle der Thatfachen, auf deren Grund und Boden sich diese bewegen, und bieten somit ein höchst mannigfaltiges Material, welches eben so sehr für das eingehendere Verständniß der Debatten, als für eine genauere Kenntniß der Zustände des Landes von großem Werth und bisweilen unschätzbar ist.

In England sind längst alle parlamentarischen Druckschriften der Art für Jedermann leicht zugänglich geworden. Wer nur irgend ein Interesse daran hat, die eine oder die andere kennen zu lernen, kann sie sich einzeln für einen außerordentlich geringen Preis verschaffen, und es wäre sehr zu wünschen, daß bei uns eine ähnliche Einrichtung getroffen würde.

Man entgegne nicht, daß bei uns das politische Interesse weder so lebendig noch so verbreitet sei, als daß eine Einrichtung der Art wirklich schon als ein allgemeineres Bedürfniß empfunden und gewünscht werde. Wir räumen den Vordersatz ein, müssen aber die Schlussfolgerung bestreiten. Das Interesse wächst mit der Leichtigkeit seiner Befriedigung, und wir halten es schon für einen Vortheil für das Land wie für die Kammern selbst, wenn auch nur zunächst Wenige außerhalb der Kammern sich, wenn sie wollen, damit beschäftigen könnten z. B. den Staatshaushaltungs-Etat gründlich zu prüfen und die Revision der Kammern selbst zu revidieren. Hätte der eine Herr v. Patow nicht den Rechnungsfehler der Regierung von 344,000 Thlr. zur Sprache gebracht, so wäre die Kammer über denselben höchst wahrscheinlich leichten Fußes hinweggegangen, und es liegt doch sicher im Interesse des Landes, wenn Einer oder der Andere auch außerhalb der Kammer dergleichen Rechnungs-Fehler finden und nachweisen kann.

Auch der geringe Absatz, den die stenographischen Berichte, wie wir hören, gegenwärtig haben, scheint uns nicht widerlegen zu können. Für alle Verhandlungen der Kammern können sich natürlich nicht viele so weit interessieren, daß sie dieselben bis ins geringste Detail zu verfolgen Lust und Zeit hätten. Eine ganz andere Sache aber ist es in Betreff einzelner Fragen, welche mit bestimmten Interessen im Lande enge verknüpft sind. Die Denkschriften z. B. über die Regulirung der Oder, über die Ge-
meindeordnung auf dem platten Lande würden, wenn sie, und dies halten wir für eine

Hauptsache, einzeln für einen geringen Preis zu haben wären, gekauft worden sein und dazu beitragen, ein richtigeres Urtheil zu begründen und zu verbreiten.

Alle Diejenigen freilich, für welche neben ihrem Geschäft der wesentliche Genuß ihres Lebens allein in den Freuden der Tafel und der Liebe, in der Musik und dem Schauspiel, in einer freundschaftlichen Spiel-Partie, einem Roman und einem sanften Schläfe besteht, welche alle öffentlichen Interessen für Nebensache und die lebendige und thätige Theilnahme an diesen für ein mehr eingeübtes als wirkliches Gut erachten, — werden auch diese unsere Forderung für recht überflüssig erklären und mit ihrer gewöhnlichen Redensart sagen, daß aus einer Erfüllung derselben nichts Meeres für das Land hervorgehen werde.

Aber die Staaten werden nicht durch diese Gesinnung des Privategoismus, sondern durch den Gemeingeist erhalten, und eine Regierung, welche es verabsäumt, diesen auf jede Weise zu wecken, zu beleben und zu stärken, hat noch immer, so alt die Geschichte auch ist, die bittersten Früchte von solcher Verfümmelung geerntet!

Breslau, 20. Februar. [Zur Situation.] Unsere erste Kammer hat in ihren letzten Sitzungen eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen. Die Rechte hat in der Frage wegen künftiger Begründung von Fideikommissen gestimmt und in der Debatte über die Wiederberufung der Kreis- und Provinzialstände, so wie über die Sistirung der Gemeindeordnung vom 11. März ist das Verfahren der Regierung mit 91 gegen 63 Stimmen für gerechtfertigt erklärt worden, nachdem auch in dieser Frage regierungseitig das mindestens höchst bedenkliche Prinzip aufgestellt worden ist, was bei dem Claessenschen Antrage in der 2. Kammer vorgebracht ward, daß die Kammern über Verwaltungsmaßregeln kein Urtheil zu fällen hätten. In der gestrigen Sitzung ward der Antrag des Abgeordn. Denzin auf Vorlegung einer Kreis-Ordnung angenommen.

In Betreff des berliner Kongresses der Zollvereinsstaaten vernimmt man, daß die Konferenzen den 20. März beginnen sollen. Als einen Gegenstand derselben bezeichnet man auch die Vereinbarung hinsichtlich der Affekuranz-Gesellschaften, welchen man das Recht des Geschäftsbetriebs in allen Zollvereinsstaaten beilegen will, sobald sie in einem von ihm konzeffionirt sind.

In der Lebensmittelfrage soll eine Einigung bereits erfolgt sei. Nach den Zollvereinsverträgen nämlich ist es gestattet, die Getreideeinfuhr theilweise oder ganz frei zu geben, wenn der Scheffel Roggen den Preis von 3 Rthl. erreicht hat. Wie die W. Ztg. jetzt hört, hat die diesseitige Finanzverwaltung mit Rücksicht auf den in mehreren Gegenden hervortretenden Nothstand, Gelegenheit genommen, Verhandlungen mit den Finanzverwaltungen anderer Zollvereinsstaaten anzuknüpfen, um die freie Getreide-Einfuhr auch dann schon eintreten zu lassen, wenn der Scheffel den Preis von 2 1/2 Rthl. erreicht hat. Die betreffenden Eröffnungen sollen überall beistimmend aufgenommen, und die Rückantworten der Regierungen meist schon eingelaufen sein, so daß mit Nächstem diesfällige Erlasse zu erwarten wären.

Vorgestern ist, wie die Pr. Z. meldet, die Additional-Konvention zwischen Preußen und den übrigen Zollvereinsstaaten einerseits und Belgien andererseits zu dem Handels- und Schifffahrts-Vertrage vom 1. September 1844, nach erfolgter Zustimmung sämmtlicher Zollvereinsstaaten, von dem Ministerpräsidenten und dem belgischen Gesandten in Berlin vollzogen worden.

Von der österreichischen Regierung soll beabsichtigt werden, binnen einigen Monaten einen Kongreß deutscher Regierungsbevollmächtigten zu berufen, um über ein gemeinschaftliches Münz- und Maß-System eine Vereinbarung herbei zu führen.

Vom Bundestage vernehmen wir, daß das projektirte Bundes-Preßgesetz, dessen Entwurf Dr. Rackenbacher ausgearbeitet hat, wahrscheinlich „schöne Idee“ bleiben wird.

Ueber die Flottenfrage bringt eine frankfurter Korrespondenz der Pr. Z. eine weitere Mittheilung, welche die Nachricht der N. Pr. Z., daß diese Frage einer für Preußen zufriedenstellenden Erledigung entgegengehe, in keiner Weise zu bestätigen scheint. Ueber die Resultate der vertraulichen Besprechung, welche am 13. d. Mts. über die Ausschufsanträge vom 24. Januar stattgefunden, sind nach dieser Korrespondenz zwar noch keine Details bekannt, so viel aber erfahre man, daß zwar fast sämmtliche Bundesstaaten die Flotte, dem preussischen Antrage vom 24. gemäß, als Bundes-eigenthum

anerkannt, jedoch nur wenige der daraus hervorgehenden Konsequenz der Zahlung von rückständigen Matrikularbeiträgen eine gleiche Anerkennung haben zu Theil werden lassen.

Was die „hohe“ Politik betrifft: So erklärt heut die N. Pr. Ztg. die von dem C. B. gebrachten Mittheilungen über die Mission des Prinzen Ligne für „Erfindungen“, ohne das Richtige anzugeben. Bemerkten wollen wir nur, daß die schlimmen Absichten Frankreichs auf Belgien im englischen Parlament offen angedeutet worden sind.

Wir bringen übrigens unten im Text die interessante Debatte über den Russellschen Antrag: die Vermehrung der englischen Streitmacht betreffend.

Die Russellsche Vorlage ist für uns doppelt interessant der Vergleichspunkte wegen, welche die englischen und preussischen Pläne zu einer Reorganisation der Wehrverfassung gewähren.

Aus Paris meldet man, daß dort die antinapartistischen Parteien bei den Wahlen Hand in Hand gehen wollen; dagegen herrscht im Lager der Legitimisten die größte Verwirrung.

Preußen.

Berlin, 19. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Lotteriedirektor Stieffellius den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem kaiserlich russischen Staatsrath und ältesten Arzte im Hauptquartier des Fürsten von Warschau, Dr. Rossiet, den rothen Adlerorden dritter Klasse; dem Garnison-Stabsarzt Bertram zu Wittenberg und dem Dorf-Inspektor a. D. Hoffmann zu Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen, sowie den bisherigen Kreisgerichtsrath Döel in Rügenwalde zum Direktor des Kreisgerichts in Lauenburg zu ernennen.

Bei der heute beendigten Ziehung der 2. Klasse 105. königlicher Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 73375; 2 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 10338 und 19556, und 1 Gewinn von 100 Thlr. fiel auf Nr. 62074.

Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen ist von Weimar hier eingetroffen.

Angekommen: Der Generalmajor und Kommandeur der 6. Infanteriebrigade, v. Wengel, von Brandenburg. — Abgereist: Se. Durchlaucht der Prinz Heinrich IX. zu Reuß, nach Neuhoff.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 19. Februar.

Vorsitzender: Graf v. Rittberg. Am Ministertische: v. Westphalen, als Reg.-Kommiss. v. Kladow, v. Kaumer.

Die Kammer geht an die Berathung des zweiten Theils des Berichtes der Kommission für die Gemeinde-Ordnung über die ihr überwiesenen Anträge. Hier empfiehlt die Kommission über den Antrag des Abg. Denzin, den Ges.-Entwurf einer Kreis-Ordnung bezweckend, sowie über den der Abg. v. Seydlitz und Knoblauch wegen der Kreis- und Provinzial-Ordnung zur Tages-Ordnung überzugehen. v. Gerlach als Berichterstatter motivirt diese Tages-Ordnung: Für die Anträge ist die Rechtungsweltigkeit hervorgehoben worden; diese wird jedoch mit der nahe bevorstehenden Beendigung der Gemeinde-Ordnung aufgehoben werden. Für den Denzinschen Antrag ist hervorgehoben worden, daß die Kreis-Ordnung bereits den Ständen vorgelegen habe und so jetzt mit der definitiven Durchführung vorgeschritten werden könne, aber die Regierung hat die Ansicht geäußert, daß dies erst nach geschehener Berathung der Gemeinde-Ordnung in beiden Kammern stattfinden könne. v. Seydlitz, als Antragsteller, vertheidigt den Antrag gegen den Kommissions-Bericht. Er sagt: Wir wünschen, daß die Rechtungsweltigkeit ein Ende nehme, daß die Provinzial-Stände nicht zu Richtern in ihrer eigenen Angelegenheit zu machen seien, aber wir sind geneigt, gegen den v. Seydlitz'schen Antrag zu stimmen. Wir halten nämlich das Gesetz vom 11. März 1850 noch zu Recht bestehend, bis die 3 Faktoren, welche es gegeben, es wiederum abgeschafft haben; wir würden, wenn wir für diesen Antrag stimmen, den Vorwurf auf uns ziehen, daß auch wir die Verfassung für ein todtgebornes Kind halten, während wir sie für ein nach der Geburt ersticktes halten. Also für die Tages-Ordnung, doch ohne die Motive der Kommission. Der Minister des Innern: Ich habe bereits am 1. Dezember vorigen Jahres mich in dieser Angelegenheit dahin geäußert: Was die Kreis- und Provinzial-Ordnung betrifft, so glaubt die Regierung sich hierbei entschieden auf ständische Elemente stützen zu müssen, aber es sind Reformen nöthig und die Regierung glaubt, den Beirath der Provinzial-Landtage hierbei einholen zu müssen. Die betreffenden Ges.-Entwürfe enthalten mehrere Bestimmungen, welche eine ständische Gliederung wiederum zu beleben und ihre Fortbildung zu fördern bezwecken. Ich stehe nicht an, zu erklären, sofern die Gemeinde-Gesetze in diesem Hause eine günstige Beurtheilung erfahren werden, ich im Stande sein werde, noch in dieser Session eine Kreis-Ordnung zur definitiven Beschlußnahme vorzulegen. Ich wiederhole, daß die keineswegs aufgehobene Kreis- und Provinzial-Vertretung fortzudauern werde, bis die aus dem Gesetz vom 11. März gebotene entweder durchzuführen, oder andere Gesetze gegeben worden sein werden. Der Rechtszustand der interimsistischen Kreis- und Provinzial-Vertretung ist also ein vollkommen gesicherter, aber die Staats-Regierung wird sich bemühen, den definitiven Rechtszustand sobald als möglich eintreten zu lassen. Die Regierung bleibt aber dabei stehen, daß sie eine Provinzial-Ordnung in dieser Session nicht vorlegen werde, sie wird erst den Beirath der interimsistischen Provinzial-Vertretung einholen. Mathis: Es ist mir eine auffallende Erscheinung, daß gerade bei einer nicht so bedeutend verwickelten Frage die Meinungen so auseinandergehen; ich erkläre mir diesen Umstand durch eine Sprachverwirrung. Die politischen Stände, die im Jahre 1823 geschaffenen Korporationen mit politischem Rechte, diese sind durch das Gesetz vom 11. März aufgehoben. Daß dies Bestimmungen enthält, die absoluter Natur sind und sofort mit der Publikation Recht und Gültigkeit erlangen, ist klar; eine solche Bestimmung ist die, daß alle früheren derartigen Gesetze und Institutionen aufgehoben sind, dieser Bestimmung ist nicht nachgegeben worden. Die Ansicht, daß die Kommunal-Landtage die Erhaltung der Provinzial-Landtage mit sich führen, kann ich nicht als richtig ansehen. Man hat Kommunal-Landtage nur in Brandenburg, Pommern und der Lausitz; freilich haben diese Beziehung zu den Kreistagen, aber keine zu den Provinzial-Landtagen, und wenn sie selbst bestände, dann wäre dies auch bloß für die erwähnten Provinzen. Wir haben heute vom Ministertische vernommen, daß die Provinzial-Ordnung erst nach eingeholtem Beirath der Provinzial-Vertretung vorgelegt werden, aber nach gesetzlichen Bestimmungen ist von einem Recht der Stände zu diesem Beirath gar keine Rede, und außerdem wäre ein solcher Beirath über Angelegenheiten, welche nicht eine einzelne Provinz betreffen, nur von dem vereinigten Landtage einzuholen. Man will nun die Provinzial-Stände zusammenrufen, um sie berathen zu lassen, ob es ihnen in Zukunft freistehet, eine solche Berufung für sich in Anspruch zu nehmen oder nicht; wir sehen also, wie weit es führt, wenn man sich vom klaren Inhalte des Gesetzes entfernt. Die Maßregel hat das Rechtsbewußtsein tief erschüttert. Sie hat die Gewissen beunruhigt; man sieht die Landtage selbst im Widerspruch mit einander und im Widerspruch mit dem Minister des Innern, diesen im Widerspruch mit den früher geäußerten Ansichten des Ministerpräsidenten. Meine Herren, erinnern Sie sich daran, unter welchem Gewissens-Kampf acht loyale, treue Unterthanen gegen diese Maßregel protestirten; sie hat den Glauben an die Dauer unser Rechts erschüttert, sie hat die alte in die neue Verfassung hineingetragen. Meine Herren, es ist die letzte Frist, welche Ihnen gegeben wird, benutzen Sie dieselbe, bekennen Sie sich zu dem Seydlitz'schen Antrage. Graf v. Zepplitz: Ob die Gemeinde-Ordnung in dieser Session fertig wird, bezweifle ich sehr, doch sehe ich kein Unglück darin, wohl aber ein großes in dem Umstande, daß die Regelung der Kreis-Ordnung noch so lange verzögert werden sollte. Ich bin der Ansicht, daß wir bei der Kreis-Ordnung ganz absehen von der Gemeinde-Ordnung, an das antizipiren, was wir gehabt haben und dasselbe der Eile der Reform unterwerfen; somit könnte mit der Kreis-Ordnung bald vorgegangen werden. Deshalb stimme ich für den Denzinschen Antrag. Der Minister des Innern macht gegen den Vordrager eine

thatsächliche Berichtigung, welche eine des Grafen v. Zepplitz nach sich zieht. Der Gardt stimmt für die Eintracht. v. Bethmann-Hollweg widerlegt die in der gestrigen Sitzung vom Abg. Stahl dargelegten juristischen Deutungen und fährt fort: Das Jahr 1851 ist ein Jahr des Eils vor aller Politik, da selbst die mächtigsten politischen Ansprache verweigert wurden, und in dieser Zeit hat die Regierung ein Gesetz, welches freilich gefährliche Bestimmungen enthält, verabschiedet, welches sie eben nur suspendiren konnte, um dann vor die Kammer zu treten und die Hindernisse, welche dem Gesetze entgegenstehen, vorzulegen. Ich stimme für den Denzinschen Antrag. Zehr. v. Gaffron: Ein Bruch der Verfassung liegt in dieser Maßregel nicht vor, die Regierung war berechtigt, die Provinzial-Stände einzuberufen, wenn auch nicht verpflichtet. Ich stimme für die Tages-Ordnung über den v. Seydlitz'schen Antrag, in Betreff des Denzinschen Antrags habe ich das von demselben gestellte Amendement aufgenommen, nämlich einen Ges.-Entwurf, betreffend die Hauptgrundsätze einer definitiven Kreis-Ordnung, noch in dieser Session vorzulegen. Denzin: Ich bitte, im Interesse der nothwendigen Einführung der Gemeinde- und Kreis-Ordnung für meinen Antrag zu stimmen. v. Gerlach, als Berichterstatter, verwahrt sich gegen mehrere vom Abg. Mathis vorgebrachte Argumente; Rechtungsweltigkeit ist kein Unglück, sie geht der Rechtsbildung voran und sie vorzeitig abkürzen, ist die Sache eines schlechten Arztes. Die Provinzial-Stände müssen gehört werden, und deshalb stimme ich auch gegen das Amendement, betreffend die Hauptgrundsätze. Wir weisen nicht die Allianz mit der Linken bei dieser Gelegenheit ab, sie will, eben so wie wir, keine halbe Maßregeln. Ich empfehle Ihnen Vertrauen zu dem Ministerium, drängen Sie dasselbe nicht, am allerwenigsten nach links. v. Vincke beantragt, die Abstimmung über den Denzinschen Antrag, sowie über das Amendement und den Kommissions-Bericht bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Die Kammer tritt diesem Antrage nicht bei. Bei der Abstimmung geht die Kammer über den Antrag v. Seydlitz zur Tages-Ordnung über, lehnt das Amendement des Abg. v. Gaffron ab, und nimmt den Denzinschen Antrag an. Nächste Sitzung Sonnabend.

+++ **Berlin, 19. Febr.** [Aus der zweiten Kammer.] In unserm jüngsten Artikel besprachen wir die Ackerbauschulen; heute gehen wir zu einem andern dringenden Bedürfnis über, der Schaffung von ländlichen Kreditanstalten.

Die Darlehn gegen Hypothek beschweren den kleinen Grundbesitz meist mit einem hohen Zinsfuß; während das Rittergut 3 1/2 pCt. zahlt, treffen den Bauern 5 pCt. Außerdem ist die häufige Kündigung des Kapitals eine unerschöpfliche Quelle von Kosten und Plackereien, welche den Besitzer nur zu häufig ruiniren. Es ist an der Zeit, daß die Kapitalien unkündbar gemacht und mit Amortisation verbunden werden. Die Errichtung solcher Institute ist nicht ohne Schwierigkeiten, allein sie können überwunden werden, wenn der Staat sie in die Hand nimmt. Die belgische Regierung liefert uns den praktischen Beweis, indem sie bereits mit Ausführung des Gesetzes über den Credit foncier vorgegangen ist, dessen Studium wir empfehlen. Auf das Detail wollen wir hier nicht näher eingehen, indem wir hoffen, daß die durch die zweite Kammer ernannte Kommission zur Untersuchung der Kredit-Institute des Landes, mit geeigneten Vorschlägen hervortreten werde. Die Nothwendigkeit, der Herrschaft des Wuchers, namentlich in den östlichen Provinzen, eine Schranke zu setzen, ist bereits in dem vorjährigen Berichte anerkannt worden. Provinzialinstitute würden für Preußen am angemessensten erscheinen.

Das bestehende System der Pfandbriefe ist der Kostspieligkeit der Taxen und Verwaltung wegen nicht anwendbar auf den kleinen Grundbesitz. Außer der Deckung seiner Hypotheken bedarf unser Landmann auch eines angemessenen Betriebskapitals, denn alle Intelligenz nützt einer Wirtschaft nichts, wenn die Mittel fehlen, die Verbesserungen einzuführen. Ein Personalkredit muß geschaffen werden, etwa in der Art, wie dem schottischen Landmann seine Banken gewähren. Aller Anfang ist schwer, Vorsicht in Geldsachen sehr anzupfehlen, allein der Weg muß angebahnt werden.

Die Grundlagen aller Volksbanken sind die Sparkassen, durch sie werden die untern Klassen zu Fleiß und Sparsamkeit erzogen; zunächst gilt es also diese dadurch empor zu bringen, daß man den Zutritt so sehr erleichtert wie möglich ist. Nicht entfernte Orte, nicht bestimmte Tage und Stunden, müssen Hindernisse für die Einleger sein, man empfangen selbst in den kleinsten Raten.

Die Gelder der Sparkassen dürfen nicht dazu dienen, um Hypotheken, oder Staatspapiere und Pfandbriefe zu belegen, sondern sie müssen dem Personalkredit gewidmet sein, wieder befruchtend in die Schichten der Gesellschaft zurückkehren, woher sie geflossen sind. Die Sparkasse leiht wieder und gegen Bürgschaft, so bildet sich der persönliche Kredit eines Mannes von Fleiß und gutem Ruf. Die Sparkasse kann nicht alle Bürgschaften prüfen. Das Geschäft wäre außerdem zeitraubend und verwickelt, sie bedarf eines vermittelnden Instituts, wie es in Westfalen bereits besteht. Hier die Grundzüge. Unter dem Namen: „Kreditverein“ tritt eine Anzahl guter Wirthe zusammen; sie bestimmen unter sich, wie hoch der Kredit eines Jeden sich belaufen soll; etwa von 5 bis 100 Thaler. Für die bewilligte Summe ist der Theilnehmer haftbar und zahlt 5 pCt. ein, welche bei der Sparkasse hinterlegt werden. Der Vereinsvorstand übernimmt im Namen desselben die Rückbürgschaft der Sparkasse gegenüber. Verlangt ein Mitglied den bewilligten Vorschuß auf 3 Monate, so empfängt es vom Vorstand den Bürgschein und erhält das Geld von der Sparkasse, welche sich 4 pCt. mit dem Kreditverein berechnet; der Schuldner zahlt dem Vereine 5 pCt., wodurch Verwaltung und Verluste gedeckt werden. Im Fall größerer Verluste wird Nachschuß der 5 pCt. Einlage gefordert. Die Einrichtung hat sich sehr bewährt. Sind solche Sparkassen und Kreditvereine organisiert, so gehe man zur Bildung von Kreiskassen über, welche die Bankiers der Kreise und Kommunen, sowie der reicheren Privaten machen, Geld von außen herbeiziehen, Vorschüsse auf Produkte leisten u. s. w.

Geld ist genug vorhanden im Lande, man betrachte nur die müßigen Kapitalien der preussischen Bank; die Kunst besteht nur darin: es durch die kleinsten Kanäle allen Gewerben im ganzen Lande zuzuführen. Der Thaler gleicht der Biene, je öfter diese ausfliegt, um so größer wird der gesammelte Vorrath!

Man scheue den kleinen Anfang nicht, gute Dinge wachsen langsam und nicht ohne Mühe und Beharrlichkeit.

Wer eine Sparkasse in seinem Dorfe errichtet, hat sich die Bürgerkrone erworben. Große Summen braucht der Landmann selten, allein in Zeiten, z. B. bei der Ausaat, oder vor der Ernte, ist er oft um 20 Thaler willen in der peinlichsten Verlegenheit und fällt dem Wucher oder dem Exekutor in die Hände.

Man muß den Leuten nicht vorspiegeln: daß alle Hilfe von oben herab zu erwarten sei, sondern es ist ihnen begreiflich zu machen: daß Fleiß, Sparsamkeit und die Association die Grundpfeiler des bürgerlichen Wohlstandes sind.

Es ist sehr zu bedauern, daß unsere Regierung, in Betreff der Vereine, so ungemein hemmend eingreift. Der Gemeinssinn gedeiht nicht in polizeilicher Atmosphäre. **Berlin, 19. Februar.** [Parlamentarisches.] Bei der heute in dem zweiten Berliner Wahlkreise erfolgten Wahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer an Stelle des ausgeschiedenen General v. Stockhausen, ist der Kandidat der konstitutionellen Partei, Hr. Stadtrath v. d. mit 132 Stimmen gewählt worden. Der gegenwärtige Kriegsminister, General v. Bontin, erhielt 96 Stimmen.

Der Wortlaut der in der Sitzung der zweiten Kammer vom 16. d. Mts. vom Präsidenten Grafen Schwerin abgegebenen Erklärung ist folgender: „In der Sitzung vom 6. d. Mts. ist von einem geehrten Redner eine Aeußerung über eine in einer benachbarten Stadt im Jahre 1848 beabsichtigte Illumination und deren Verhinderung gethan worden, welche sich auf einen Beamten, der zugleich Mitglied dieser Kammer ist, bezogen hat. Es sind mir in Folge dessen Aeußerungen über das Sachverhältniß, auf welches jene Aeußerung sich bezog, auf Grund der Erinnerung des betheiligten Beamten gegeben worden, woraus hervorgeht, daß dasselbe zum Theil unrichtig aufgefaßt worden ist, und daß jedenfalls den betheiligten Beamten bei seinen Schritten und Maßregeln nur loyale und patriotische Motive geleitet haben. Ich habe nicht nur meinerseits durchaus keinen Grund, in die Richtigkeit der Erinnerungen des Mitgliedes Zweifel zu legen, sondern bin auch durch den verehrten Redner, der die erwähnte Aeußerung gethan, autorisiert worden, dasselbe in seinem Namen hier zu erklären. Damit werden, wie ich zuversichtlich aussprechen darf, alle und jede Folgerungen, welche aus der früheren Aeußerung gezogen werden konnten, beseitigt sein.“

Der jetzt vorliegende Kommissionsbericht der ersten Kammer über die Neubildung dieser Körperschaft begründet den von uns bereits gemeldeten Kommissionsantrag mit Argumenten, die keinesweges geeignet sein möchten, die Bedenken, welche sich gegen den Stahl-Alvenalebenischen Antrag in seiner ursprünglichen, wie in seiner modificirten Fassung erhoben hatten, zu beseitigen. Die „Anordnung des Königs“ wird in dem Berichte als eine fundamentale Voraussetzung für die neu zu konstruierende Kammer hingestellt, nirgends aber wird der Widerspruch zwischen dieser Voraussetzung und den Schranken, welche der Antrag um dieses der Krone beigelegte Attribut zieht, gelöst. Die ganze Ausführung, welche der Bericht bei dieser Gelegenheit bringt, widerlegt und beseitigt jene Voraussetzung mehr, als sie dieselbe unterstützt. Die „königliche Anordnung“, wie gesagt, sei geboten durch das Vertrauen auf die Weisheit und Gerechtigkeit des Königs; die speziellen Normen lassen aber vermuten, daß dieses Vertrauen keine sehr bedeutenden Vorbehalte hat. Nicht die königliche Anordnung, sondern Wille und Belieben derer, welche für ihren Antrag auf die Zustimmung der Majorität rechnen, soll bei Zusammenlegung der ersten Kammer entscheiden.

Der jetzt beendeten Revision des Gesetzes vom 3. Januar 1849 über die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit Schwurgerichten in Kriminalsachen ist ein aus der Justizkommission der zweiten Kammer hervorgegangener Gesetzentwurf gefolgt, welcher in 152 Artikeln die Ergänzungen und Abänderungen formulirt hat, welche die Kommission vorgenommen wissen will. Die Abänderungen erstrecken sich zum Theil auch auf die alte, seit 1805 in Preußen geltende Kriminalordnung, namentlich auf die Vorschriften dieses Gesetzbuches über Gerichtsstand, Kontumazialverfahren gegen flüchtige Verbrecher und Verbrechen, welche die seitige Staatsangehörige im Auslande begehen. Die Abänderung der letzteren Art ist schon durch die neue seit dem 1. Juli vorigen Jahres ins Leben getretene materielle Strafgesetzgebung notwendig geworden.

[Die Mission des geh. Regierungsraths Niebuhr.] Man schreibt dem „Magdeb. Korresp.“: „In der vorigen Woche hat sich der geh. Regierungsrath Niebuhr aus dem Kabinet des Königs in besonderen Aufträgen nach London begeben. Tiefgreifende politische Zwecke liegen der Mission nicht zu Grunde. Hr. Niebuhr wird sich im Allgemeinen über die Stimmung in den maßgebenden Kreisen London's orientiren, und vielleicht geeigneten Ortes Aeußerungen der Zufriedenheit an den Tag legen, mit welcher von Seiten Preußens fortwährend die Ernennung des Lord Granville zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten aufgenommen wird. Außerdem hat der geh. Rath Niebuhr den Auftrag erhalten, zur Ergreifung von mancherlei Gerüchten an Ort und Stelle Kenntniß zu nehmen von der Wirksamkeit der diesseitigen Gesandtschaft in England. Man macht es von manchen Seiten dem Dr. Bunsen zum Vorwurf, daß er durch seine Familienbeziehungen und durch sonstige Verbindungen zu enge mit den englischen Verhältnissen verwaschen sei, um den Interessen Preußens überall mit dem erforderlichen Nachdruck die gebührende Rechnung zu tragen. Gerade Herr Niebuhr hat die Mission erhalten, diesen Aufstellungen näher auf den Grund zu gehen, und sie wahrscheinlich als unbegründet hinstellen zu können, weil derselbe noch von seinem Vater her mit dem geh. Rath Bunsen innig befreundet ist, und außerdem als Sohn des großen, in England viel verehrten Historikers schon früher in mehreren hohen britischen Familien die schmeichelhafteste Aufnahme gefunden hat.“

Berlin, 19. Febr. [Zur Tages-Chronik.] Die großherzoglich mecklenburgischen Herrschaften wohnten gestern der Opernvorstellung (Romeo und Julia) bei. Die hohe Aristokratie war überaus zahlreich vertreten. — Der schwerinsche Ministerpräsident Graf Bälou wird von Schwerin in Kürze wieder hierher zurückkehren.

Unter andern Festlichkeiten findet auch morgen ein Ball mit Souper bei dem Banquier Magnus statt. Die Minister werden auf dem Feste erscheinen. Gestern beschloß der Herr Ministerpräsident die in seiner Behausung für dieses Jahr zu gebenden Festlichkeiten mit einem überaus prächtigen Balle. Sowohl Sr. Majestät der König, wie die Prinzen des kgl. Hauses, wie auch der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg und die übrigen hier anwesenden höchsten Herrschaften verheißlichen durch ihre Gegenwart das Fest, welches sich ebenso durch geschmackvolle Anordnungen, wie durch die Lebenswürdigkeit des berühmten Wirths auszeichnete.

Die von uns früher gemeldete Errichtung dreier Emeritenhäuser für katholische Geistliche des Erzbisthums Köln und der Bisthümer Münster und Trier ist von der Regierung mit 26,000 Thlr. auf den diesjährigen Etat gebracht. Die Budgetkommission hat bei Beratung des Kultusbudgets mit diesem Ansatze die vom Staate nach der Bulle de salute animarum übernommenen Verpflichtungen anerkannt. Wie wir hören, werden aus dieser Anerkennung Folgerungen gezogen und auf Grund derselben weitergehende Anträge formirt werden. Zur Fortsetzung des Dombaues in Köln sind auch für dieses Jahr 50,000 Thlr. ausgesetzt und von der Kommission genehmigt worden.

Es handelt sich bei der gestern erwähnten Streitfrage: ob die Zinsengarantie, welche der Staat für einzelne Eisenbahnen übernommen hat, als wirkliche Staatsschuld zu betrachten ist, hauptsächlich darum, welcher Behörde die Verwaltung dieser Angelegenheit zustehen soll. Die Beantwortung der Frage würde zu der Konsequenz führen, daß die Hauptverwaltung der Staatsschulden die Tilgung der Aktien zu bewirken und die Erfüllung der vom Staate übernommenen Verpflichtung durch alljährlich zu legenden Rechnung, wie dies in Betreff der andern Funktionen jener Behörde geschieht, nachzuweisen haben würde. Hierdurch würde aber eine Kollision mit den Statuten der betreffenden Bahnen herbeigeführt werden, welche das Ministerium für Handel und Gewerbe als die Beaufsichtigungs- und Kontroll-Behörde für die Auslösung und Tilgung der Aktien bezeichnen, die Einziehung und Bezahlung der auszulösenden Aktien aber, so wie die Verwaltung der Amortisationsfonds der General-Staatskasse übertragen. Der Staat hat somit nicht als Schuldner, sondern nur als Gesellschaftsmitglied durch die übernommene Garantie Verpflichtungen, die von denen der eigentlichen Staatsschulden wesentlich verschieden sind. (C. B.)

Die Uebergabe der Gebäulichkeiten des königstädtischen Theaters an den Kron-Erziehungs-Rathin Cerf gegenüber obwalteten, durch eine für letztere vollkommen günstige Verfügung Namens Sr. Majestät des Königs ungesäumt abgeschlossen werden. Diejenigen Theaterbeamten, welche seit längerer Zeit im Dienste der Frau Kommissionsrathin Cerf standen, werden auf deren Pension gesetzt werden. — Ueber die fernere Bestimmung der Gebäulichkeiten ist bis jetzt noch nichts entschieden. Die in der letzten Zeit erwähnten Gesuche um Verleihung der Konzession zur Errichtung eines neuen Theaters in der erwähnten Gebäulichkeit sind sämtlich abschlägig beschieden.

Das heute Nachmittag auf dem hamburger Bahnhofe eintreffende 2. Bataillon des 8. Infanterie- (Leib-) Regiments wird, ehe dasselbe seinen Weitermarsch nach Küstrin fortsetzt, morgen Nachmittag vor Sr. Majestät dem Könige um halb 10 Uhr auf dem Plage am Lustgarten Besichtigung haben. Nachdem gegen 10 Uhr findet ebenfalls die von Sr. Maj. dem Könige befohlene Parade des 2. Garde-Regiments zu Fuß statt.

Königsberg, 16. Februar. Vor Kurzem ist hier der kriegsgerichtliche Spruch gegen zwei landwehrgenossliche junge Männer ergangen, welche in der schleswig-holsteinischen Armee Dienste genommen und der königlichen Abberufungs-Ordre keine Folge gegeben hatten. Nachdem die Anklage auf Desertion durch alle Instanzen gleichlautend zurückgewiesen, wurde auf Befehl des General-Auditorats zu Berlin die Untersuchung wegen Nichtbefolgung militärischer Befehle eingeleitet und in Folge dessen der eine der Angeeschuldigten zu zehntägigem Mittelarrest verurtheilt, der andere dagegen freigesprochen, weil derselbe durch ein Attest seines damaligen Bataillons-Chefs nachwies, daß er trotz seines Verlangens keinen Entlassungs-Schein auf schleswig-holsteinischen Diensten erhalten hatte. (K. Z.)

Der freiwangelische Prediger Hartmann Rasche hat sich in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. bei dem Gutsbesitzer Rauschnig in Tautkitten erhängt. Die Leichenschau wird morgen auf dem Gute abgehalten werden. (K. H. Z.)

Königsberg, 17. Februar. [Wahl des Gemeinderaths-Vorstandes.] In der heutigen Sitzung des Gemeinderaths wurde der Kaufmann Salkowsky mit ganz geringer Stimmen-Majorität gegen den Rechtsanwalt Lammann zum Vorsteher des Gemeinderaths gewählt. Obwohl die konservative Partei in Folge dieser Wahl einen Triumph feiern zu können vermeint, so ist dieses Wahleresultat doch lediglich nur durch den Zufall herbeigeführt worden, daß Kommerzienrath Wittrich heute in öffentlichen Organen erklärte, die Annahme dieses Amtes, falls auf ihn die Wahl fallen sollte, aus erheblichen Rücksichten ablehnen zu müssen. Ohne diese ganz unerwartet erfolgte Erklärung wäre die Wahl ungewiss auf Hrn. p. Wittrich gefallen. Dem Vernehmen nach soll Rechtsanwalt Lammann gegen den vorgenommenen Wahlakt einen Protest eingereicht haben.

Deutschland.

Frankfurt, 17. Febr. [Die Gothaer. — Die deutsche Flotte.] Die „Gothaer“ werden im Laufe der nächsten Wochen eine große Generalversammlung im Gartenhause des Herrn Dr. Souhay abhalten; die Koryphäen derselben, Gagern, Reh, Baffermann, Solron, werden auf derselben erscheinen; in Folge der letzten Versammlung wurden bedeutende Fonds, welche zur Disposition der Partei standen und die bei einem hiesigen Bankier niedergelegt waren, nach England an das dortige Haus Souhay übertragen. (N. Pr. Z.)

Aus Frankfurt a. M. vom 16. Febr. berichtet das Dresdner Journal: Die ersten Beforgnisse, zu welchen die Differenzen in der Flottenfrage Veranlassung gegeben hatten, scheinen zu schwinden. Man sieht der Zukunft nun wieder beruhigter entgegen. Der ausgesprochenen Bereitwilligkeit mehrerer deutschen Staaten, zur Erhaltung der Nordsee-Flotte zusammenzuwirken, hat Preußen bereits, wie ich vernehme, durch einen Wechsel seiner Ansichten Rechnung getragen. Preußen habe nämlich eine Erklärung abgegeben, deren wesentlicher Inhalt von unterrichteter Seite wie folgt angegeben wird. Es acceptirt den Gedanken einer dreitheiligen Bundeskontingents-Flotte. Desterreich solle das Adriakontingent, Preußen das Ostseekontingent zu erhalten haben. Was das Nordseekontingent betreffe, so werde dessen Erhaltung nicht bloß den Nordsee- und Binnenstaaten zu übertragen sein, sondern auch Preußen wolle sich an derselben betheiligen, und zwar speziell für seine Provinzen Rheinland, Westfalen und Sachsen. (S. die gestr. Bresl. Z.) — Die ausburger Allgemeine Zeitung erklärt jetzt auch das Gerücht, Desterreich habe sich bereit erklärt gehabt, seine rückständigen, bekanntlich sehr bedeutenden Flottenbeiträge einzahlen zu wollen, für unbegründet.

** Kassel, 18. Febr. [Der landständische Ausschuß.] Heute fand die Schlußverhandlung des Kriegsgerichtes über den permanenten landständischen Ausschuß statt. Das letzte Wort hatte der greise Schwarzenberg und schilderte in begeisternder Rede seinen Standpunkt, den des gesamten Ausschusses und den des Gerichtes selbst. Er sei noch zum Mitgliede des geheimen Ständeausschusses bei der Verwaltung des Haus- und Staatschages vom Kurfürsten bestellt worden, während sich dieser bereits in Wilhelmsbad befand, welche Wahl ihn nicht getroffen haben würde, wenn er nicht das Vertrauen dazu besessen hätte. Der bleibende Ausschuß habe gehandelt, wie er nach Recht und Gesetz und seinem geleisteten Eide nach hätte handeln müssen; er habe nur seine Schuldigkeit gethan und sich streng an seine Instruktion gehalten. Was das Gericht selbst anlange, so möchten die Mitglieder desselben bedenken, daß sie hier als Richter und nicht als Soldaten versammelt seien, die im Dienste unbedingten Gehorsam schuldig seien. Hier sollten sie aber nach Recht und Gerechtigkeit, wie sie es vor diesem und Gott einst verantworten könnten, urtheilen. Wahrheit und Recht, diese beiden Grundpfeiler, auf welchen die Welt stehe, blieben zuletzt doch oben, er erwarte, daß sie die Seele retten, wenn auch der Leib zu Grunde gehe, ein freisprechendes Urtheil! — Wir sind nur im Stande, den Idengang zu bezeichnen, welcher die Worte leitete und können nur die Versicherung von Augenzeugen hinzufügen, daß die Rede mit kräftiger Stimme und im vollen Bewußtsein des Rechts gesprochen, einen erschütternden Eindruck machte; an vielen Wangen liefen die Thränen herab. Aber — es wird nichts für den Augenblick helfen, wenn auch der Eindruck ein unverwundbarer sein wird! Morgen früh um 11 Uhr soll das Urtheil verkündet werden.

Darmstadt, 16. Febr. Die zweite Kammer hat schon in ihrer heutigen Sitzung, bei Einlauf des Resultats der Abstimmung der ersten Kammer über die rhein Hessische Eisenbahn in deren Sitzung vom 14. d., ohne weitere Verathung über die Sache selbst, eine gemeinschaftliche Adresse mit der ersten Kammer an die Staatsregierung beschlossen. Sie acceptirt also den vermittelnden Vorschlag der ersten Kammer, und da auch die Regierung diesen bereits angenommen hat, so ist damit die ganze Sache, welche so lange die Betheiligten und das Publikum in Bewegung hielt, erledigt und es erleidet keinen Zweifel, daß der Beschluß, das Unternehmen mit 1,200,000 Thlr. zu unterstützen, unter 4 pCt. Zinsengarantie für die Aktionäre bis zum Jahre 1862 einschließlich, zur Ausführung kommt. (F. Z.)

Wiesbaden, 12. Febr. Mit der Ernennung des Prinzen Wittgenstein zum „Staatsminister“ ist zugleich auf dem Wege der Ordonnanz der Kardinalpunkt eines, von dem letzten Landtage beratenen Gesetzes über Bildung der Ministerien (Centralverwaltung) aufgehoben, indem das aus den Departementschefs gebildete Kollegium wegfällt und die Vorstände der einzelnen Ministerialabteilungen zu bloßen Bureauchefs herabsinken. — Nicht ohne Grund erwartet man noch viele andere Neuerungen im Sinne des Alten. (F. Z.)

Aus Thüringen, 17. Febr. In Weimar hat das Ministerium, wie der Pr. Ztg. geschrieben wird, jetzt einen Gesetz-Entwurf eingebracht, nach welchem den im eisenacher Kreise angesessenen früher reichsunmittelbaren Familien der ihnen durch das Gesetz vom 14. März 1850 genommene privilegierte Gerichtsstand zur Erfüllung

lung des Artikels 14. der deutschen Bundesakte wieder eingeräumt werden soll. Im Interesse der gegen diese Familien klagenden Unterthanen soll dem Direktorium des Kreisgerichts nachgelassen werden, für die Verhandlung und Entscheidung minder wichtiger und geringfügiger Rechtsstreitigkeiten, einschließlich der unter 5 Thlr. Werth, welche gegen Mitglieder der gedachten Familien anhängig gemacht werden, ein Mitglied des Kollegiums zu bestellen, welches dann zur Vornahme einzelner gerichtlicher Handlungen durch die Justizämter das Kreisgericht requiriren kann. — In Gotha hat das Ministerium so eben die nöthige Verordnung zur Ausschreibung neuer Landtagswahlen an die Behörden erlassen.

Braunschweig, 17. Febr. Heute ist hier der Landtag durch den Minister von Schleinitz im Auftrage des Herzogs eröffnet worden. Aus den Mittheilungen der Eröffnungsrede heben wir hervor, daß der sich mehrende Verkehr auf den Eisenbahnen eine außerordentliche Ausgabe erfordert, welche die Summe von 400,000 Thlrn. übersteigt. Ferner erklärte Hr. v. Schleinitz, daß der Landtag nur mit wenigen Vorlagen werde beschäftigt werden, da derselbe zum Schluß des Jahres noch einmal versammelt werden müsse, um ihm die Resultate der bevorstehenden Verhandlungen über die handelspolitischen und Zollverhältnisse vorzulegen. „Diese Verhandlungen, bemerkte der Minister, bieten die höchst erfreuliche Aussicht, daß das Herzogthum endlich durch völlig freien Verkehr an allen seinen Grenzen in kommerzieller und gewerblicher Beziehung in die allgünstigste Lage gelangen und namentlich zu dem Königreiche Hannover, und zwar zum Vortheile beider Länder in allen Beziehungen in das innige freundschaftliche Verhältniß treten wird, welches eine natürliche Folge der dynastischen Verbindung des durchlauchtigsten Gesamthauses, der Stammverwandtschaft der Bevölkerung, der Lage der Länder und der Gleichartigkeit ihrer Interessen ist.“ Die Wahl des Präsidenten fiel mit 32 von 42 Stimmen auf den Obergerichtsadvokaten Hrn. Schaper. Diefelbe wurde von dem Herzog genehmigt.

Hamburg, 18. Februar. Wir glauben versichern zu dürfen, daß die Nachricht, der zufolge die Nordseestaaten Deutschlands das deutsche Nordsee-Geschwader übernehmen und dessen Erhaltung gewährleisten würden, eine mindestens theilweise unrichtige ist. Der Gedanke eines solchen Arrangements hat allerdings einige Zeit lang vorgeschwebt, indeß mußte er des Kostenpunktes wegen aufgegeben werden.

Heute Vormittag um 11½ Uhr passirte das erste Bataillon des preuß. 8. Infanterie-Regiments, von Rendsburg kommend, unsere Stadt. Dasselbe zog über die Steinwege, den Neuenwall und den Alsterdamm zc. dem Bahnhof zu, wo es mit einem um 1 Uhr abgehenden Extrazuge in seine heimathlichen Garnisonen befördert werden wird. Das Musikchor des Regiments Erzherzog Ludwig, das unserer Garnison, sowie einige österr. und hamburgische Offiziere gaben ihm das Geleit. Um 2 Uhr wird in Altona ein zweites preuß. Bataillon eintreffen, welches morgen früh von hier abgehen wird.

Von heute früh um 7 Uhr hat von Altona aus die Ueberschiffung des Trains und der Bagage des 4. österr. Armeekorps mittelst der Dampfböte „Phönix“, „Gutenberg“ und „Courier“ unausgesetzt fortgedauert. Zuerst wurde eine Sanitäts-Kompagnie mit ihren Fuhrwerken übergesetzt; sodann folgten Bagagewagen. Die Zahl der im Ganzen übergeführten Wagen belief sich auf circa 100, mit 480 Zug- und Trainpferden, unter der Bedeckung der 16. Kompagnie des 3. Bataillons vom Wellington-Regimente. Der bereits gestern abgegangenen Bagage-Abtheilung diente die 15. Kompagnie zur Deckung. Im Ganzen liefert das 3. Bataillon des Wellington-Regiments die Deckung für sämtliche Bagage.

Heute Nachmittag gegen 2 Uhr ging der erste der Extrazüge, mit denen abziehende Bundestruppen befördert werden sollen. 600 Mann Preußen vom 8. Regiment mit Bagage und einer ziemlichen Anzahl Pferde führend, von hier ab, und wird morgen früh 6 Uhr ein zweiter Transport einer Abtheilung des genannten Regiments stattfinden, während der für morgen Nachmittag bestellte Extrazug unterbleiben wird.

Oesterr. Truppen werden, wie schon vorläufig gemeldet, vom 20. d. ab bis zum 2. März inkl. mit Nachm. 1½ Uhr zu erpedirenden Zügen befördert werden. Die am 20., 21. und 22. d. von hier abgehenden Züge werden nur bis Schwarzenbeck gehen, von wo aus die jedesmal beförderten Truppen den 21., 22. und 23. d. Morgens 6 Uhr mit Extrazügen werden weiter gebracht werden. Am 24., 25. d. u. s. w. bis 2. März inkl. werden die Züge von hier bis Wittenberge gehen. (H. C.)

Riel, 18. Februar. Heute um 2 Uhr trafen die Kommissäre Oesterreichs und Preußens mit dem landesherrlichen Kommissär Grafen Criminil, sämmtlich in großer Uniform, auf dem hiesigen Schlosse zusammen, und legten die Regierung des Herzogthums Holstein in die alleinigen Hände des letzteren nieder. Der Akt war in einer halben Stunde vorüber. Die bisherigen Mitglieder der Civilbehörde treten sicherem Vernehmen nach sämmtlich zurück, wie sie denn auch bereits von ihren Bureauchefs Abschied genommen haben sollen, und wird Baron v. Plessen vorläufig die Verwaltung fortführen, bis in Kopenhagen der Organismus derselben festgestellt worden. Mit dem Grafen Criminil geht der zu seinem Sekretär ernannte Herr Ferdinand Warningsedt, bisher Amtsekretär auf dem Vordesholmer Amtshause, übermorgen nach Kopenhagen. Eine Proklamation, die rücksichtlich der egetretenen Regierungs-Veränderung erwartet wird, ist bisher noch nicht erschienen. (H. N.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Febr., Morgens. Während „Kjöbenhavnsposten“ in ihrer gestrigen Nummer über die Erfolglosigkeit der Reichstags-Interpellationen und über die desungachtet fortbauende Neigung der beiden Thinge zu dergleichen leeren Demonstrationen sich aufhält, berichtet „Dagbladet“ über die bereits angekündigte fernere Privatversammlung der Mitglieder des Reichstags, deren Zweck es war, über die gegen das Ministerium weiter vorzunehmenden Schritte zu berathschlagen und die vorgestern Abend abgehalten ist. Als Redner, die an der Debatte Theil nahmen, nennt „Dagbladet“ Monrad, Tscherning, Clausen, Hall, Krieger und Grundtvig. Man beschloß — nach einiger Zeit wieder eine ähnliche Privatversammlung zu halten, und in derselben die begonnenen Verhandlungen fortzusetzen. Der in der Monradschen Interpellation und deren Verhandlung mehrfach erwähnte § 100 des dänischen Grundgesetzes lautet also: „Vorschläge zu Veränderungen in oder Zusätze zu diesem Grundgesetze werden einem ordentlichen Reichstage vorgelegt. Wird der dann gefasste Beschluß in unveränderter Gestalt auch vom nächsten ordentlichen Reichstage angenommen und vom Könige bestätigt, so werden die Thinge aufgelöst und neue allgemeine Wahlen sowohl für das Volks- als Landsting vorgenommen. Wird der Beschluß zum dritten Mal von dem neuen Reichstage in ordentlicher oder außerordentlicher Versammlung angenommen und vom Könige bestätigt, so ist

derselbe Grundgesetz.“ Ueber die Bedeutung der inzwischen erfolgten definitiven Anstellung des Herrn Regenburg unter dem Ministerium für Schleswig wird die Eiderpartei doch zum Theil schon etwas zweifelhaft; die gemachte Konzeption werde dadurch, meint „Dagbladet“, vollständig aufgewogen, daß Kammerherr Steemann gleichzeitig mit demselben zum Präses der Ober-Justizkommission ernannt worden sei. Es scheint, daß Carl Moltke nach jeder Seite hin eine Handreiche, um beide Parteien für sich zu gewinnen, was denn als eine schielende Politik bezeichnet wird. Die Kommissäre Oesterreichs und Preußens werden aus Kiel den 23. hier erwartet. In der nächsten Sitzung des Volksthings (morgen) wird der Marineminister einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen der Reichstag um die Bewilligung der Kosten zur „Ausrüstung des neuerbauten Kriegsdampfschiffes „Thor““ angegangen wird. (H. N.)

Oesterreich.

O. C. Wien, 19. Febr. [Die Zollkonferenz.] Die Arbeiten der deutsch-österreichischen Zollkonferenz schreiten einem geblühten Ziele zu. Noch in dieser Woche wird die Subkommission für den Tarif ihre Arbeiten beenden und die von ihr vorgeschlagenen gegenseitigen Erleichterungen werden zu allgemeiner Befriedigung gerichen. Die Konferenz selbst hat die wichtigsten Berathungen auch über den Entwurf B. (Zolleinigungsvertrag) bis auf die Tertirung einiger Artikel beendigt. Bei diesem vorgerückten Stande der Arbeiten haben die Herren Bevollmächtigten ihren hohen Regierungen bereits über die wesentlichen und bedeutenden Ergebnisse der Konferenz berichten können und sehen deren definitiven Instruktionen entgegen. Alles läßt somit hoffen, daß bis Ende dieses Monats die so wünschenswerthe Uebereinstimmung zu Stande gebracht sein wird.

L. N. Wien, 19. Febr. [Vermischtes.] Es heißt, der Kaiser wolle im Laufe dieses Jahres Ungarn und Kroatien besuchen. Man bezeichnet als Zeitpunkt dieser Reise die Aufstellung des Hengst-Denkmal, wobei der Kaiser von dem glänzenden Kreise seiner Feldherren umgeben sein wird.

Der spanische Gesandte am hiesigen Hofe, de la Torre Ayllon, ist hier eingetroffen, eben so Fürst v. Ligne mit besondern Aufträgen des Königs der Belgier.

Während des gestern wüthenden furchtbaren Orkans, war man wegen möglichen Unglücksfällen sehr besorgt und es wurden deshalb von der Polizei alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Diesen ist es theilweise zuzuschreiben, daß, so viel bis jetzt bekannt ist, kein mit Verletzung von Menschenleben verbundener Unfall vorgekommen ist. Fensterflügel und Dachziegel wurden sowohl in der Stadt wie in den Vorstädten auf die Straße geschleudert. Von dem Gerüste am Augustinerthurm in der Stadt sind durch den Sturmwind 8 Postenbretter und Balken herabgeschleudert worden, wovon zwei Stücke auf das Fürst Lobkowitz'sche Palais fielen und das Dach durchschlugen. Ferner wurde an einem Hause ein Eckbalkon derart abgerissen, daß um der Gefahr des gänzlichen Zusammensturzes vorzubeugen, derselbe mittelst Feuerhaken durch Herabreißen beseitigt werden mußte. Die heftigen Bewegungen und Drehungen des auf der Spitze des Stephansthurms befindlichen großen Adlers erregten ebenfalls Besorgnisse, daß dieser Adler sammt dem Kreuze aus dem Gewinde herausgerissen und herabgeschleudert werden könnte, weshalb sich die Polizei veranlaßt fand, die Umgebung mit Wachtposten abzusperren. Die Besorgnisse waren jedoch unnöthig und die in Menge versammelten Neugierigen harrten vergebens der Katastrophe.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. [Amtliches.] Wir lesen im Moniteur folgendes Dekret: Louis Napoleon, Präsident der Republik, dekretirt: „In Betracht, daß die Jahrestage politischer Ereignisse und die Feier derselben an Bürgerkrieg und Zwietracht erinnern, und daß es eine Pflicht ist, von den Nationalfesten jenes zu wählen, dessen Feier dem Zwecke, alle Gemüther in dem gemeinschaftlichen Gefühle des Nationalruhms zu vereinigen, zumeist entspricht, wird in Zukunft nur der 15. August als Jahrestag betrachtet und mit Nationalfesten begangen. Alle Bestimmungen der früheren Gesetze, welche mit diesem Dekret im Widerspruch stehen, sind abgeschafft.“

Ein anderes Dekret bestimmt: Art. 1. Bei der General-Direktion der Museen ist ein Spezial-Museum zu errichten, welches den Zweck hat, alle Gegenstände aufzunehmen, von denen es erwiesen ist, daß sie authentisch den verschiedenen Souverainen angehört, welche über Frankreich geherrscht. Art. 2. ermächtigt den Minister des Innern, den General-Direktoren der Museen die Auffuchung aller dieser Gegenstände in den verschiedenen Museen, Bibliotheken zc. aufzutragen. Diese Gegenstände werden sodann im Louvre aufgestellt. Die Räume im Louvre sind bereits für diesen Zweck bezeichnet.

Ein Dekret bezieht sich auf die Einwanderung in den Kolonien und regelt die Verhältnisse der Arbeiter und Herren zu einander. Ein weiteres Dekret modifizirt die Bedingungen des Handels mit den Besitzungen am Senegal.

Bandal ist zum Generalsekretär des Staatsministeriums ernannt; Cavé ist in demselben Ministerium zum Direktor der Palläste und Manufakturen ernannt.

Paris, 17. Febr. [Die Wahlen.] Die Partei der Opposition, d. h. aller Nicht-Bonapartisten, hat sich in Paris darüber verständigt, bei den Wahlen gemeinschaflich zu handeln. Indes ist die Sache dadurch noch nicht abgethan, daß man sich im Prinzip verständigt; die Verständigung über die Namen ist das Schwierigste. Cavaignac hat sich entschieden geweigert, als Kandidat aufzutreten.

Unter den Legitimisten wird die Verwirrung immer größer. Während einige, den aus Frohsdorf gegebenen Anweisungen entgegen die Patronage der faktischen Regierung annehmen, schlagen die hervorragenden Männer der Partei jede Kandidatur aus. Zu ihnen gehört Berryer, seit zwanzig Jahren Vertreter Marseilles — welcher in einem Schreiben an einen dortigen Freund sich von jeder Theilnahme an der Politik in der gegenwärtigen Zeit lossagt. Er schreibt:

Lieber Surian — da Sie, wie mehrere Personen mich fragen, ob ich im Departement der Rhone-Mündungen als Kandidat auftreten werde, so wiederhole ich Ihnen meinen schon früher mitgetheilten Entschluß, daß ich mich weder um eine Kandidatur bewerbe, noch eine solche annehmen werde.

Indem ich diesen Entschluß fasse, gehorche ich nicht etwa den Empfindungen, welche die Ereignisse des 2. Dezember in mir hervorgerufen haben. Seit vierzig Jahren habe ich alle meine Kräfte dem Dienst und der Vertheidigung der Grundprinzipien unserer alten französischen Gesellschaft gewidmet und ich werde auch heute ebenso wenig die Sache der öffentlichen Freiheit im Stich lassen, als ich meine Treue und Unabhängigkeit an das Prinzip der traditionellen Souveränität (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Erste Beilage zu № 52 der Breslauer Zeitung.

Sonabend den 21. Februar 1852.

(Fortsetzung.)

Unabhängigkeit verrathe, worin ich mehr als jemals die natürlichste, stärkste und dauerhafteste Garantie einer weissen und loyalen Ausübung seiner Freiheiten erblicke. Was sollte ich also in dieser neuen gesetzgebenden Versammlung, aus welcher das politische Leben ganz und gar verbannt ist und worin ich weder die öffentliche Thätigkeit, noch die Unabhängigkeit finden würde, welche uns auch die Revolutionen von 1830 und 1848 nicht geraubt hatten.

Nicht ohne Schmerz scheide ich von der Bevölkerung des Südens, welche mich mit ihrem Vertrauen beehrte und von der nationalen Tribüne, welche lange Arbeiten und ein aufrichtiger Patriotismus mir theuer machten; ein Schmerz, welcher größere Beweggründe hat, als die bloße Rücksicht auf meine Persönlichkeit. Kann ich aber ohne Schmerz und Unruhe sehen, wie Frankreich durch so viel Millionen Stimmen die der Macht und Würde christlicher Nationen nöthigen Rechte und Institutionen prostrubirt, sowie es die sanfte Gewalt eines Königthums von 14 Jahrhunderten misshandelt? Möge Gott unser Vaterland vor der Schmach und dem Unglück bewahren, von welchem ich es bedroht sehe u. s. w.

Der Ocean von Brest enthält folgenden merkwürdigen Brief des Legitimisten Colas de la Motte, in welchem er die ihm angebotene Kandidatur für den legislativen Körper ablehnt: „Mein Herr! Soeben erhalte ich zwei Briefe aus Paris, die es mir zur Pflicht machen, die Kandidatur nicht anzunehmen, die mir von meinen politischen Freunden angetragen wurde. Nicht aus Laune verweigerte ich, was Sie mir als Pflicht empfohlen. Ein unbekannter Streiter in den Reihen der Legitimisten, kenne ich nichts als die Parteidisziplin, und brauche Ihnen daher meine Beweggründe nicht auseinanderzusetzen, welche Ihnen, wie ich gewiß weiß, ohnehin bekannt sind.

Ganz ergebenst

Colas de la Motte.“

Großbritannien.

London, 16. Februar. [Parlamentsdebatte.] Im Unterhause liest Lord Russell zunächst die Stelle der Thronrede, welche auf die Miliz Bezug hat. Nachdem dies geschehen, bringt der Lord darauf an, daß das Haus sich in ein Komitee umwandle, um die betreffenden Gesetze in Erwägung zu ziehen. Das Haus geht in ein Komitee über. Lord Russell nimmt das Wort und sagt: Im Jahre 1848 habe ich dem Hause über die Vertheidigungsmittel des Landes Bericht abgefaßt; dazumal wünschte ich die Grundlagen einer permanenten Reserve zu legen, um für die Bedürfnisse des Dienstes bei einem Angriffe Sorge zu tragen. Leider fand damals der Antrag, eine respectable Miliz zu gründen, keine allgemeine Zustimmung und da wurde er zurückgenommen. (Hört!) Ich erinnere daran, um darzutun, daß wir damals, wie jetzt, die Nothwendigkeit empfanden, einige neue Maßregeln im Interesse des Landes zu treffen; dazumal nahm Louis Philipp den Thron Frankreichs ein, und es war durchaus kein Anschein da, daß auf irgend eine Gefahr deutete. Thatsächlich ist dies jetzt auch nicht der Fall, und doch ist es nöthig, einige neue Maßregeln zu treffen, die dahin zielen, den Frieden des Landes sicher zu stellen und zwar ohne einen Zweifel auf die Versicherungen der Königin werfen zu wollen, daß wir mit der ganzen Welt in Frieden stehen und darin zu bleiben hoffen. (Hört.) Inzwischen dürfte man nicht behaupten, daß ein Land wie das unsere immer vor einem Krieg geschützt wäre, wir könnten z. B. einen Angriff Seitens eines mächtigen Feindes zurückzuweisen haben, oder wir könnten irgend welchen Streit im Auslande aufsuchen sehen, wir sind ferner vertragmäßig, mehreren Ländern Europas gegenüber verpflichtet, sie in Schutz zu nehmen, falls sie angegriffen würden. (Man ruft: wie heißen diese Länder?) Wir sind durch Verträge gebunden, die Königin von Portugal und andere Staaten auf dem Kontinente zu schützen, wir sind weiter seit länger als einem Jahrhundert auf das feste an der Aufrechterhaltung des Kontinental-systems in Europa theilhaftig, und in Folge dieses Systems könnten wir berufen sein, jebeder Wachtumsurpation jedweden Staats entgegenzutreten, welcher an der Gründung dieses Systems theilhaftig. Es ist nothwendig, uns bereit zu halten für jede solche Eventualität, allein seit einigen Jahren ist leider eine andere Frage dazu getreten, welche die Nothwendigkeit einer aus der Miliz geschöpften Reserve darthut. Diese Frage war der Gegenstand so vieler Erörterungen in Büchern, Broschüren und Journalen, daß ich sie bloß kurz zu berühren brauche. Ich erwähne nur, daß seit Erfindung der Dampfschiffahrt unser Land nicht mehr sicher wäre vor einem Angriff wie zuvor, wo eine Invasion unmöglich war, in Folge der Hindernisse, welche die Natur selbst erhob. Eine Landung an unseren Küsten würde nun nicht mehr dieselben Schwierigkeiten wie zuvor bieten. (Hört!) Bei diesen Umständen wird es nöthig, die Miliz zu organisiren, besonders wo es notorisch ist, daß England zu seinem Schutz nicht so große Streitkräfte unterhält, wie seine Nachbarn. Ich lasse meinem ehrenwerthen Freund, dem Lord der Admiralität, die Sorge, Ihnen zu eröffnen, was wir weiter für den Seebienst zu thun gedenken. In Betreff des Heeres bemerke ich nur, daß wir die regelmäßigen Truppen um 4000 Mann, und die Artillerie um 1000 Mann zu verstärken gedenken. Diese Verstärkungen sollen mindestens jene Streitkräfte ersetzen, die wir entfernen mußten, um den Kafferkrieg zu führen. Der Oberbefehlshaber und der Artilleriechef haben ihre Aufmerksamkeit den vervollkommenen Waffen und Musketen zugewandt, welche weiter reichen, als die bisherigen. Maßregeln werden getroffen, um dem Heere solche gute Waffen zu liefern, falls man sich des guten Erfolges vergewissert. Lord Russell geht nun in die Details seiner Vorschläge in Betreff der Miliz ein, die wesentlich von der bisherigen Gesetzgebung darüber sich unterscheiden. Zwei Drittel der Offiziere der Miliz sollen vom Lordlieutenant der Grafschaft nach Belieben ernannt werden, während die Krone einen General-Offizier und den dritten Theil der Kapitane zu ernennen hat. Es werden zwei Aufgebote festgesetzt; das erste von 20 bis 23 Jahren, und jeder Milizpflichtige hat vom 20. bis 21. Jahre an mit zu loosen. Das erste Aufgebot soll 30,000 Mann, das zweite nur 30,000 Mann liefern. Nur der fünfte Theil der Loosungspflichtigen soll dienstpflchtig sein, und der zehnte Theil der Zurückgestellten soll als Reserve dienen, um die durch Kranke entstehenden Lücken auszufüllen. Jene, welche in dem Alter von 20 bis 30 Jahren als Freiwillige in die Miliz eintreten, brauchen nur ein Jahr weniger zu dienen. Die einberufenen Milizen müssen vier Jahre stehen, und in Folge eines geheimen Rathschlusses kann die Dienstzeit um sechs Monate verlängert werden. Tragen die Kameraden darauf an, so kann die Krone bei Gefahr für das Land den Dienst noch um 6 Monate verlängern. Die Miliz wird in Bataillone formirt und wird sich im ersten Jahre 2 bis 4 Wochen lang zu Uebungen versammeln, nicht die nothwendig hintereinander folgen. Die Uebungen können nur 3 Stunden dauern; Sold und Rationen stehen den für regelmäßige Truppen gleich, so wie die Militärgesetze für sie Gültigkeit haben sollen. In diesem Jahr sollen nur 30,000 Mann erhoben werden, deren Kosten sich auf etwa 20,000 Pfund betragen möchten, abgesehen von außerordentlichen Kosten; wo starke Polizeimannschaft organisiert ist, da kann ein Ort von der Milizpflichtigkeit entbunden werden.

Auf eine Frage Pakington's erwidert Russell, daß die Miliz jeder Grafschaft nicht anders als mit ihrer Einwilligung oder im Fall einer Invasion in eine andere Grafschaft gezogen werden dürfe.

Summe steht keinen Grund, die Streitkräfte des Landes zu erhöhen; soll es aber doch geschehen, so will er noch lieber eine Vermehrung der regulären Macht. Die vorgeschlagene Maßregel führe nur auf den Weg zurück, welcher England in den Abgrund seiner ungeheuren Nationalschuld geführt habe. Er werde die Maßregel bescheiden, schließlich aber den Antrag stellen, daß Jeder, welcher zur Miliz eingezogen wird, damit auch das Wahlrecht erworben habe.

Oberst Thompson ist mit dem Antrage einverstanden. Er erinnert daran, daß der Prästent seine Generale aufgefordert habe, sich für den 22. d. M. bereit zu halten. Diese Mahnung könne den Zweck haben, auf seine Kaiserkrönung, aber auch auf einen Einfall in Belgien vorzubereiten.

Cobden hält den Antrag für unnütz, wenn man sich nur der vorhandenen Kräfte des Landes zweckmäßig bediene.

Seit 10 Jahren seien 20 Millionen für den Schiffbau verwendet worden, 3 Millionen für die Arsenale und doch sollte dies nicht genügen? Während man vor dem Invasionsgeschrei erschreckt, habe man soeben die enorme Mittelmeerflotte durch die „Britannia“ mit 120 Kanonen verstärkt. In den Häfen lägen nur 2 Linienfahrer und 4 Fregatten, während man gegen die indischen Piraten Linienfahrer agiren lasse.

Der edle Lord habe die Presse getadelt wegen ihrer aufreizenden Sprache gegen Louis Napoleon; er selbst aber provocire ihn durch seinen Antrag. Was die Mahnung Thompson's betreffe, so wolle man sich doch nicht etwa einen Kontinentalkrieg auf den Hals laden? Das ganze Land würde dagegen protestiren.

Palmerston ist für den Vorschlag. Seit 1846 habe er dazu angetrieben, etwas der Art zu thun. Er sei auch gegen jede Intervention in die Handel des Kontinents; England aber habe Verpflichtungen jenseits des Kanals, welche seine Theilnahme doch nöthig machten. Nicht bloß Frankreich habe eine Flotte und eine Armee. Die insulare Lage Englands sei ein Vortheil, aber auch eine Schwäche, da sie zu viel Angriffspunkte biete. Uebrigens tadelt er den Umstand, daß Irland von der vorgeschlagenen Maßregel ausgenommen ward und daß man einen Unterschied zwischen Lokal-Miliz und regelmäßiger Miliz gemacht habe.

Nachdem Russell noch erörtert, daß man Irland nicht misstrauen, so wenig als Schottland, welches auch von der Maßregel befreit bliebe, daß man aber keine Milizen ausheben wolle, wo die Kräfte der Polizei hinreichend wären, ward die Bill zur ersten Lesung verstatet.

Provincial-Beitrag.

§ Breslau, 20. Februar. [Versammlung der Konstitutionellen Ressource im Weißgarten.] In Folge der ergangenen Aufforderung in den Zeitungen hatten sich gestern Abend im Lokale des Hrn. Springer gegen 200 Personen, meist aus bisherigen Mitgliedern der Konstitutionellen Ressource (im Liebich-Garten) bestehend, versammelt, um über die Fortführung einer Konstitutionellen Ressource im bisherigen Lokale zu berathen und Beschluß zu fassen.

Um 7½ Uhr eröffnete Herr Kaufmann Heyne die Versammlung, um ihr den Herrn Referendarius Schröter als Tagespräsidenten vorzuschlagen, welches denn auch mit allgemeiner Zustimmung genehmigt wurde.

Hr. Referendar Schröter übernahm das Präsidium, indem er für das bewiesene Vertrauen dankte, und entwickelte in kurzem schlichten Vortrage den Zweck der gegenwärtigen Versammlung. Herr Springer habe in Folge des Beschlusses der Konstitutionellen Ressource, die Winter- und Sommer-Versammlungen in seinem Lokale abzuhalten, wenn er dazu ein geräumiges Lokal herstelle, im Sommer des Jahres 1849 einen kostspieligen Saalbau vorgenommen. Die Gesellschaft habe deshalb gleichsam eine moralische Verpflichtung, den Mann, der sein sämmtliches Vermögen im Vertrauen auf die Wahl des Lokals verwendet habe, nicht zu verlassen. Es sei deshalb ein Komitee zusammengetreten, um eine Konstitutionelle Ressource in dem bisherigen Lokale fortzuführen. Dieses habe Gleichgesinnte eingeladen, sich zur gegenwärtigen Stunde zu versammeln, um über den angegebenen Zweck Beschluß zu fassen. Das provisorische Komitee besteht aus den Herren: Kaufmann L. Heyne, Kaufmann Lorke, Lehrer Marks, Rechnungsrath Nicky, Referendar Schröter, Kaufmann E. Nickel, Partikulier Schönbauer, Maurermeister Schläht, Zimmermeister Wien, Oberstlieutenant a. D. v. Wolffsbürg und Partikulier Zeigis sen. Später seien noch die Herren Leutner und Inspektor Döring aus dem Vorstande der (anderen) Konstitutionellen Ressource (im Liebich-Garten) ausgetreten und das Komitee habe diese Männer mit Freuden in seine Mitte aufgenommen. (Die Versammlung begrüßte diese Mittheilung mit der allgemeinsten, freudigen Zustimmung.) — Der Tagespräsident stellte nun die Frage zur Abstimmung:

ob die Versammlung gesonnen sei, eine Konstitutionelle Ressource, die ganz auf den früheren Grundsätzen basire, die nur die Förderung des geselligen Vergnügens bezwecke und die Politik ausschließe, die jedes aggressive Verfahren von sich weise u. — in dem bisherigen Lokale fortzuführen?

Die Frage wurde einstimmig bejaht.

Der Präsident machte nun darauf aufmerksam, daß es zur festeren Konsolidirung der Gesellschaft nothwendig sei, ein Statut derselben aufzustellen. Das provisorische Komitee habe bereits ein solches angefertigt, und dieses solle nun der Versammlung zur Berathung und eventuellen Beschlußnahme vorgelegt werden. Nach erhaltener Genehmigung wurde der Entwurf des Statuts verlesen, welcher folgendermaßen lautet:

Statuten-Entwurf der Konstitutionellen Ressource im Weißgarten.

§ 1. Der Zweck der Ressource ist, monarchisch-konstitutionell Gesinnte jedes Standes, ausschließlich zum geselligen Vergnügen zu vereinigen.

Die Ressource hat in der Regel allwöchentlich ein Konzert.

§ 2. Jeder selbstständige und unbesoldete Einwohner Breslaus ist ausnahmsfähig, ebenso selbstständige unbesoldete Damen.

§ 3. Die Anmeldung zur Aufnahme muß durch ein Mitglied schriftlich an den Vorstand geschehen. Dieser entscheidet darüber durch Majorität. Gründe für Verweigerung der Aufnahme werden weder der Gesellschaft, noch dem Beisitzenden angegeben.

§ 4. Jedes Mitglied erhält eine nur für seine Person gültige Mitgliedskarte, und insofern es Familienhaupt ist, eine Familienkarte, auf welche im Sommer drei, im Winter zwei seiner nächsten Familienglieder Eintritt finden. Diejenigen Mitglieder, welche einer zahlreicheren Familie wegen noch zwei Familienglieder mehr einzuführen wünschen, können gegen nochmalige Erlegung des jährlichen Beitrags eine zweite Familienkarte erhalten. Kinder unter acht Jahren können im Winter nicht Eintritt haben.

§ 5. Der jährliche Beitrag (vom 1. April bis 31. März) eines Mitgliedes beträgt einen Thaler, welcher praenumerando zu entrichten ist. Der Vorstand ist ermächtigt, für Unbemittelte den Beitrag bis zur Hälfte zu ermäßigen.

§ 6. Die Zahl der Mitglieder wird auf 1200 festgesetzt.

§ 7. Hiesige Einwohner finden als Gäste niemals Zutritt.

Auswärts Ansässige können im Winter nur dreimal eingeführt werden; im Sommer fällt diese Beschränkung weg.

Das einführende Mitglied ist verpflichtet, den Gast beim Eintritt in das Lokal persönlich einem der Vorstandsmitglieder vorzustellen, und eigenhändig dessen Namen in das ausliegende Fremdenbuch einzutragen.

§ 8. Verborgte Karten werden dem Präsentanten abgenommen, und diese nach Bewandniß der Umstände ausgewiesen.

Der Verlust einer Karte ist von Seiten des betreffenden Mitgliedes dem Vorstande schuldig anzugeben.

§ 9. Das freiwillige Ausscheiden eines Mitgliedes geschieht durch Schriftliche an den Vor-

stand zu richtende Anzeige, welche jedoch bis zum 1. März erfolgt sein muß, widrigenfalls dasselbe zur Zahlung des nächstjährigen Beitrages verpflichtet bleibt.

§ 10. Das unireinwillige Ausscheiden findet statt:

- 1) wenn ein Mitglied sich den zur Erhaltung der Ordnung notwendigen Einrichtungen und Anordnungen des Vorstandes nicht fügt;
- 2) wenn die Bedingung des § 2 nicht mehr vorhanden ist.

Der Rechtsweg gegen den Ausschuss ist unzulässig; auch hat der Ausgeschiedene kein Anrecht auf Rückerstattung der gezahlten Beiträge oder auf das Vermögen der Gesellschaft.

§ 11. Die Gesellschaft wählt in einer im Monat März anzuberaumenden General-Versammlung durch Stimmzettel und mit relativer Stimmenmehrheit einen Vorstand auf ein Jahr.

§ 12. Der Vorstand besteht aus 12 Mitgliedern, und besorgt alle inneren und äußeren Angelegenheiten der Gesellschaft; er hat insbesondere folgende Rechte und Pflichten:

- 1) derselbe wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, welcher den Vorstand zur Berathung einberuft, diese leitet, bei Stimmengleichheit den Ausschlag giebt, und bei dem nächstjährigen Wahlakt (§ 11) den Vorsitz führt; ferner einen Schatzmeister und einen Schriftführer.
- 2) Bei Abstimmungen über Anmeldungen müssen wenigstens sieben Vorstandsmitglieder zugegen sein.
- 3) Bei jeder Zusammenkunft der Gesellschaft müssen wenigstens zwei Vorsteher als Ordner anwesend sein, welche sich für diesen Tag andere Gesellschaftsmitglieder mit gleichen Befugnissen zur Seite setzen können.
- 4) Der Vorstand ist ermächtigt, im Interesse der Gesellschaft Prozesse zu führen, und sich zu diesem Behufe Substituten zu bestellen.

§ 13. Beim Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes tritt dasjenige Gesellschaftsmitglied, welches bei der letzten Vorstandswahl nächst den Vorstandsmitgliedern die meisten Stimmen gehabt hat, in den Vorstand ein.

§ 14. Zur Revision der Kasse und Rechnungsabnahme werden von der Gesellschaft gegen Ende des Geschäftsjahres zwei Kommissarien ernannt.

§ 15. Die Statuten können durch eine General-Versammlung nach Stimmenmehrheit abgeändert und erweitert werden; doch muß jeder hierauf bezügliche Antrag gebüßig motiviert, wenigstens 14 Tage vor derselben schriftlich beim Vorstände eingebracht werden.

Herr Polizeirath Werner schlug vor, auf eine spezielle Diskussion des Statutes nicht einzugehen. Es seien bei Feststellung des vorliegenden Entwurfes die Bestimmungen der Statuten der konstitutionellen Ressource möglichst beibehalten und nur einige Bestimmungen aus dem Statut der „Neuen Städtischen Ressource“ zugefügt worden. Man sei hierbei in möglichst konservativer Weise zu Werke gegangen. Eine spezielle Diskussion der Statuten, oder theilweise Änderungen könnten immer noch vorgenommen werden, wenn die Gesellschaft sich vollständig konstituiert haben werde. Er stellte den Antrag: den vorliegenden Statuten-Entwurf en bloc anzunehmen.

Der Antrag wurde nach einer, durch einen Vorschlag des Herrn Seliger veranlaßten kleinen Debatte — fast einstimmig angenommen. Die Statuten treten also, nachdem die polizeiliche Genehmigung derselben eingegangen sein wird, in Gültigkeit.

Der Tagespräsident bemerkte nun, daß zur weiteren Konstituierung der Gesellschaft die Wahl eines provisorischen Vorstandes notwendig sei. Die Wahl eines definitiven Vorstandes möge einer späteren wahrscheinlich Anfang März stattfindenden Generalversammlung vorbehalten bleiben, da sich bis dahin die Gesellschaft wohl bedeutend erweitert haben werde.

Auf den Vorschlag des Herrn Kanzlei-Inspektors Pedell wurde das bisherige provisorische Komitee einstimmig zum provisorischen Vorstände des Vereins erwählt.

Der Präsident dankte im Namen des Komitees für das Vertrauen und versicherte, daß sich der nunmehrige Vorstand nach Kräften bemühen werde, diesem Vertrauen zu entsprechen. Schließlich sei es noch wünschenswerth, dem Verein einen Namen zu geben; und auf seinen Vorschlag, die Gesellschaft mit

„Konstitutionelle Ressource im Weiß-Garten“

zu bezeichnen, wurde diese Benennung mit allgemeiner Zustimmung genehmigt.

Nachdem auf diese Weise die Tages-Ordnung erledigt, wurde die Versammlung nach Verlesung und Unterzeichnung des Protokolls, welches Herr Lehrer Marks geführt hatte, um halb 9 Uhr geschlossen.

* Breslau, 20. Februar. [Kinderbettelei.] In Bunzlau besteht, wie die Nr. 49 d. Ztg. berichtet, ein Verein für Abschaffung der Kinderbettelei, der sich eines gedeihlichen Fortganges erfreut. Breslau, das der Vereine für wohlthätige Zwecke so viele befißt, hat sich aber in diesem Punkte den Rang von einer kleinen Provinzialstadt ablaufen lassen, und doch giebt es kaum eine Stadt, in welcher das Betteln der Kinder zudringlicher auftritt, als eben Breslau. Wohlan denn, laßt uns das Kinderbetteln in Breslau ebenfalls abschaffen, denn dieses Betteln der Kinder ist nicht nur eine Schule eines das ganze Leben hindurch anklebenden Müßigganges, sondern selbst der Schlechtigkeit, des Diebstahls, des Verbrechens. Wie das anzufangen? Ganz einfach, keinem bettelnden Kinde etwas zu geben, und das Betteln muß dann von selbst aufhören. Aber, wird man einwenden, dadurch wird zwar das Betteln unterdrückt, aber der Noth nicht abgeholfen. Allerdings, indeß sehe man einmal nach, ob wirklich alle bettelnden Kinder aus wirklicher Noth betteln. Da sind Einige, die vernachlässigt das Erbettelte an Obit u. dgl., Andere, die müssen es zwar ihren resp. Eltern bringen, aber diese verthun es an Schnaps, oder sonst wie, und überhaupt wird durch das Austheilen von Almosen auf der Straße wohl keinem Bettler geholfen. So gern Schreiber dieses sein eben nicht zu volles Täschchen zieht, wenn er einen Blinden, Lahmen oder sonstigen Krüppel oder einen arbeitsunfähigen Greis sieht, auch wenn er nicht angesprochen wird, eben so hart bleibt er in der Verweigerung einer Gabe bettelnden Kindern gegenüber, denn er sieht in ihnen meist Böglinge künftiger Müßiggänger, Vagabunden oder Diebe. So kam erst vorgestern ein Mädchen von 9 bis 10 Jahren mit einer ganz kleinen Gitarre in seine Behausung und wollte ihm gegen eine Gabe etwas vorsingen. Was wird aus dem Mädchen wohl einst werden? Und wo bleibt bei diesen Kindern die Schule, der Unterricht? Wenn die Kinder nie etwas bekommen, so bleibt den Eltern eben nichts übrig, als sie nicht mehr betteln zu schicken, sie vielmehr zu etwas Besserem anzuhalten. Apropos! So wenig Schreiber dieses einem bettelnden Kinde ein Almosen giebt, eben so wenig kauft er in Bierhäusern feithabenden Knaben und Mädchen etwas ab. Das Bierhaus ist auch ein Ort, wohin Kinder nicht gehören.

= Breslau, 16. Februar. [Zur Elementar-Schul-Sache.] Nr. 43 d. Ztg. bringt einen kleinen Aufsatz über die Trennung der Geschlechter, dem wir nicht ganz beipflichten können. Wir wissen nicht, woher der Verfasser die Erfahrung hat, „daß sich in der Stadt alle Schichten der Gesellschaft mehr amalgamiren, als vor den Thoren“ — wissen aber, daß es ganz andere Ursachen sind, welche gewisse Schulen anrühlich machen. Die ehemaligen Freischulen sind erst seit 1847 Elementarschulen, erst seit Ende vorigen Jahres dreiklassig; kein Wunder, daß früher Niemand der besitzenden Klasse seine Kinder in eine zweiklassige schicken mochte, da ihm dreiklassige zu Gebote standen. Und die wenigen Menden oder Wochen, die seit der Erweiterung

vergangen sind, konnten noch keine Wirkung äußern. Erst nach Verlauf einiger Jahre wird sich das ausgleichen. — Dies vorausgesetzt, gehen wir zum Hauptpunkte unserer Entgegnung über, zum Schulbesuch. Was der Verfasser über die Abhaltungen ärmerer Kinder sagt, ist wahr, aber warum verschweigt er die Abhaltungen der Kinder wohlhabender Eltern? Weiß er nichts von den Spaziergängen, den Reisen, den Geburtstagen der Kinder, Eltern, Onkels und Tanten bis ins Unendliche. Muß nicht jeder solche Tag mit Schulverläumnis gefeiert werden? Muß nicht jeder echte Breslauer auch am längsten Sommertage bald nach Tages spaziren gehen? — Das können die Proletariatskinder nicht, und Ref. kann versichern, daß der Schulbesuch der Kinder beider Kategorien nicht so verschieden ist, als man gewöhnlich meint.

Doch haben die zähen Naturen der ehemaligen Lehrer der Freischulen den bessern Schulbesuch herbeigeführt, und auch in der Furcht, bei Einrichtung der zweiklassigen Schulen würde der Schulbesuch noch mangelhafter werden — täuschte man sich glücklicher Weise. Alles ging, und so würde es auch nach Trennung der Geschlechter sein.

Gegen den zuletzt vorgeschlagenen Vorschlag, Abendschulen zu gründen, müssen wir uns ganz entschieden aussprechen. — Kaum sind unsere Behörden auf dem Punkte angelangt, den Elementar-Unterricht den Kindern aller Stände in gleichem Maße zu bieten, noch sind nicht einmal durchweg alle Unterschiede, — namentlich in Beziehung auf die Besoldung der Lehrer, — ausgeglichen, da fordert man schon wieder Unterschiede.

Die Elementarkenntnis sind das Minimum, das jedes Kind sich aneignen muß, will es in der Welt fortkommen. Da soll nun das arme Kind, das unglücklich genug ist, unvernünftige Eltern zu haben, mit 10—12 Stunden wöchentlichen Unterrichts vorlieb nehmen, während das besser situierte 26 Stunden hat.

Einen ganz regelmäßigen Schulbesuch wird Niemand erzwingen, aber bessern läßt sich ein schlechter überall. Und gesetzt, es fehle ein Kind wöchentlich einmal, hat es dann nicht noch 21—23 Stunden; fehlt es zwei Tage, so genießt es noch 16; 18 oder 20 Stunden, d. h. doppelt so viel Unterricht, als in der Abendschule. Also keine solche Abendschulen; sie sind das unzulänglichste Surrogat, das wir kennen.

Mögen die verschiedenen Kolerien und Parteien von der Schule halten, was sie wollen, und ist sie das erste Glied der Kette von Mitteln, zur Rettung aus der Misere dieser Zeit. Das auszuführen verbietet der Raum, denn es forderte eine eigne Rubrik einer Zeitung, und die fehlt uns, denn noch hat die publizistische Presse keiner Partei, der Schul- und Unterrichtsfrage die Aufmerksamkeit gewidmet, wie den übrigen Lebensfragen der Gesellschaft.

Breslau, 19. Febr. [Central-Auswanderungsverein für Schlesien.] Sitzung vom 18. d. Mts. Das Protokoll der vorigen Sitzung wurde unverändert angenommen. Tagesordnung: 1) Eingegangene Briefe; 2) Mittheilungen; 3) Winke für Auswanderer; 4) Fragelasten.

1) Aus einem Originalschreiben aus Californien, San Francisco, las der Vorsitzende folgende Stelle vor. Die Gesetze sind vortrefflich, werden aber schlecht gehandhabt und daher wenig geachtet; daher die vielen Mord- und Raubansfälle. Schon seit geraumer Zeit ist das Volk über die Nachlässigkeit der Gerichte erbittert, welche viele Diebe und Mörder, deren viele von Sydney und Zugelommen sind, entweder freisprechen oder sie höchstens zu einer Geldstrafe verurtheilen, wodurch sie sich freilich von großer Last befreien, sie den Bürgern aber auf den Hals legen. Vorgestern nun kamen wieder 2 Schurken zu einem Kaufmann, Namens J., Abends in den Laden, als er eben allein war, und brachten ihm, nachdem sie sich unter dem Vorwande Waaren zu besehen, genähert hatten, mit einer aus bleiernem Kugeln bestehenden Waffe, mehreren gefährliche Wunden bei, eröffneten die eiserne Kasse, entwendeten 2000 Dollars und liefen davon. Gestern wegen eines andern Diebstahls eingekerkert, wurden sie dem Hen. J. ebenfalls vorgeführt. In Folge dessen entstand eine ungeheure Aufregung in der Stadt, das Volk strömte zu Tausenden nach dem Gerichtshause, um sich der Gefangenen zu bemächtigen und man kam zu dem Beschlusse, den Angeklagten eine Untersuchung zu gestatten, aber nicht durch die Beamten. Man wählte durch Affirmation eine Jury von 12 Personen. Da jedoch nur 9 für augenblickliche, 3 für spätere Bestrafung, bis eine genauere Untersuchung geführt worden, stimmten, eine zu solchem Zweck eingesetzte Jury aber einstimmig sein muß, so wurde die Sache vorläufig aufgeschoben. In Sacramento-City wurde an demselben Tage ein junger Mensch, welcher einen andern erschossen hatte, vom Volke aufgehängt.

2) Zwischen der bremer und rudolphstädter Auswanderungs-Zeitung ist eine heftige Fehde ausgebrochen. — Der Verein zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation macht in der bremer Auswanderungs-Zeitung eine Warnung bekannt. — In Brasilien giebt es nämlich große Grundbesitzer, welche, weil die Sklaven immer seltener und theurer werden, ihre Ländereien durch deutsche Einwanderer bearbeiten zu sehen wünschen. Sie bieten den Auswanderern freie Ueberfahrt, Wohnung, Kleidung, Lebensunterhalt etc., Alles auf Vork. Innerhalb vier Jahren sollen die Auswanderer die Sache abbezahlen, wenn das nicht möglich wäre, von da ab den Rest verzinsen. Nun ist es absolut unmöglich, daß die Schuld in vier Jahren getilgt sein kann. Gesezt nun, eine Familie von 4 Personen hat 600 Thlr. auf obige Weise Schulden gemacht, so wird sie in den 4 Jahren etwa 200 Thlr. abbezahlt haben, es bleiben dann noch 400 Thlr. zu verzinsen übrig. Da nun der landesübliche Zinssatz 18—25 pCt. beträgt, so wären jährlich 72—100 Thlr. Zinsen aufzubringen. Dies ist aber eben so unmöglich; die Schuld wächst, und die Unglücklichen sind lebenslang an ihren Herrn gefesselt; mit andern Worten, man hat weiße Sklaven an die Stelle der schwarzen gesetzt. — Ein Bericht aus dem Staate Ohio giebt folgende Regeln zur möglichststen Vermeidung von Enttarnungen und leichteren Affirmation. Neu Eingewanderte haben nach der Landesseite ein vollenes Unterhemd anzulegen, weil dies die Thätigkeit der Haut rege erhält, mithin vor Erkältungen schützt; sie haben sich zu hüten vor dem Raubwerden, und wenn dies nicht zu vermeiden war, sofort die Kleider zu wechseln; sie sollen nicht die Abende oder gar die Nächte im Freien zubringen, wo möglich nicht Partierre schlafen, sich in Nacht nehmen vor dem Genuße den Magen kältender Früchte, besonders Wassermelonen, endlich ihrer gewohnten Lebensweise treubleiben. — Ein Schreiben aus Friedrichsburg in Texas schildert das rasche Aufblühen dieser Stadt und ihrer Umgegend. Beide haben zusammen schon 1240 Einwohner, davon drei Fünftel in der Stadt. Obgleich die Handwerker dort guten Verdienst haben, so ziehen sie meist den Landbau, als einträglicher, vor. — Die Kammer in Stuttgart hat zur Unterstützung der Auswanderung 50,000 Gulden bewilligt. — Die Kosten des Lebensunterhaltes lassen sich in Amerika nicht bestimmen. In Boston z. B. kann man bei bescheidenen Ansprüchen Kost und Logis pro Woche mit 2 Doll. haben; für 4 Doll. hat man ein schönes Zimmer und dreimal gute und reichliche Kost. Wer mehr verlangt, kann täglich einen oder mehrere Dollars verzeihen.

3) Ueber Ankunft und Aufenthalt in New-York und über die Reise ins Innere. Vor der Ankunft an der Quarantäne-Anstalt haben die Passagiere sich und das Schiff zu reinigen, um sich nicht unnützen Aufenthalt in derselben herbei zu ziehen. In dem Augenblicke der Ankunft eines Auswandererschiffes im Hafen stürmen wenigstens eben so viele Mäkler, Wirthe, Agenten u. s. w. auf das Schiff, als Passagiere auf denselben sind, und die Auswanderer haben alle Geistesgegenwart aufzubieten, um nicht einem derselben in die Hände zu fallen. Am Besten thut man, keine Frage zu beantworten, sondern ihnen den Rücken zu kehren und ein unerschütterliches Stillstehen zu beobachten, bis die Herren abziehen. Als Logis für Deutsche sind empfehlenswerth, Liedner in New-York, Greenwichstraße 82, Wall 9, ebendasselbst, Nr. 68. Wenn man mit den Sachen ans Land gekommen ist, nimmt man einen bereitwilligen Karren, affodirt aber vorher, und fährt nach dem Gasthose, läßt die Sachen aber nicht aus den Augen, sondern setzt sich am liebsten selbst auf das Fuhrwerk. Die Nachfrage nach Schiffen oder Eisenbahn, die Unterhandlungen über Preise der Frachten etc. unternehme man ebenfalls selbst und gleich am rechten Orte, denn selbst der reifste Agent verdient Geld, was man sich selbst erhalten kann. Der Auswanderer hat sich ferner zu hüten, bei der Ankunft im Hafen etwa verzoollbare Waaren heimlich mit zu wollen, weil die amerikanischen Gesetze im Fall der Entdeckung sehr streng sind. Beim Abfuhrschluß für Kost und Logis vergesse der Auswanderer nicht, sich freie Aufbewahrung seines Gepäcks auszumachen, weil er sonst eine Rechnung dafür erhalten würde. Auf Eisenbahnen hat man in Amerika Säuglinge freis. Dem Herrn Weissstein ist es auf seiner ganzen Reise von New-York bis Milwaukee stets gelungen, dem Zankes begreiflich zu machen, daß er zwei Säuglinge habe; notabene seine Kinder waren ein kräftiger Junge von 4 Jahren und ein Kind von etwa 2 Jahren.

4) Die Frage, warum der Fahrpreis in Bremen 40 Thlr., in Hamburg dagegen nur 32 Thaler betrage, beantwortet der Vorsitzende dahin, daß der Fahrpreis in Bremen pro 15. Febr. und 1. März nur 27 Thlr. Gold, d. h. 30 Thlr. 18 Sgr. Pr. Cour. betragen habe, daß die

Preise für den 15. März, für April u. allerdings höher angesetzt sein, daß aber die hamburger Preise gewiß auch steigen würden.

11 Gäste waren eingeführt worden. Schluß der Sitzung 9 1/4 Uhr.

C. W.

**** Breslau, 20. Febr. [Theater-Redoute.]** Zur Berichtigung unseres gestrigen Artikels bemerken wir noch, daß nicht die Kapelle des 19. Infanterie-Regiments, sondern die Jakobysche das zweite Musik-Chor bilden wird. Was das Kapitel der „Ueberrassungen“ anlangt, so sind wir heute in der Lage, etwas Genaueres mittheilen zu können. Es werden nämlich im Laufe des Abends mehre Ballons aufsteigen, welche, sobald sie die Decke erreicht haben, scherzhafte Devisen über das Publikum ausschütten. Beim Beginn der Pause aber werden Hunderte von kleinen Fallschirmen und Ballons, mit scherzhaften Figuren und Atrappen behangen, von der Decke des Saales herab-schweben und sich dem Publikum zur lustigen Plünderung darbieten.

*** Frankenstein, 18. Febr. [Jesuitenmission. — Deutschkatholisches. — Industrieausstellung.]** Unsere Stadt befindet sich in einer ungewöhnlichen geistigen Erregtheit. Seit dem 15. d. M. halten 4 Priester des Jesuitenordens, die Väter Mar und Joseph Klinkowström, Harder und Prinz, eine sogenannte Mission. Die Mitglieder aller religiösen Bekenntnisse drängen sich zu den Predigten, von denen rühmend anerkannt werden muß, daß sich dieselben von jeder Polemik entfernt halten. Wie wir hören, werden weitere Missionen zunächst in Reisse, Brieg und Dhlau gehalten werden. — Dieser Tage wurde der Sohn eines Deutschkatholiken begraben. Mit Mühe konnte erlangt werden, daß der hiesige Simultan Kirchhof zur Beerdigung hergegeben wurde; vom Läuten der Glocken war natürlich keine Rede und dem Vater war unterlagt, am Grabe seines Sohnes ein lautes Vaterunser zu beten. Doch gab sich eine sehr große Theilnahme am Begräbniß zu erkennen. — Der Gemeinderath hat in seiner letzten Sitzung eine Kommission ernannt, welche die förderlichsten Mittel treffen soll, damit die Gewerbetreibenden und Industriellen unserer Stadt sich zahlreichst an der schlesischen Industrie-Ausstellung betheiligen. Vorläufig sind die Kosten für die Pin- und Rückfracht aller Ausstellungsgegenstände aus Stadtmitteln bewilligt worden.

T. Aus dem Biele-Thale, 17. Februar. [Die Unsicherheit der Personen und des Eigenthums] ist hier gegenwärtig sehr groß. Vor einiger Zeit wurde in Carlau die Tochter des Ziegelmeisters durch einen Schuß durch das Fenster schwer verwundet. In Grünau wurden bald nach Weihnachten bei Nacht einem Gärtner zwei Kühe im Stall durch drei Schuß nicht unerheblich verletzt. In Bieleau schoß man vor ebenfalls nicht langer Zeit gegen Mitternacht dem Schmiedemeister L. dreimal kreuzweise durch die Fenster seiner Parterre-Wohnung. Seine Frau wäre wahrscheinlich erschossen worden, wenn nicht vorher ihre Bettstelle eingebrochen wäre, was sie veranlaßte, sich zu einem ihrer Kinder zu legen. An demselben Orte wurden erst vorige Woche drei Pistolen mit Glas geladen in die Stube des Gärtnerauszigers Sch. abgefeuert. Die Familie verrückte eben knieend ihr Abendgebet und entging wohl nur dadurch einer gefährlichen Verwundung. Ebenfalls wurde die Frau des Schaffners, als sie gestern Abend aus dem Stalle über den Hof in ihre Wohnung gehen wollte, ins Gesicht geschossen. Gewalttame Einbrüche und Viehdiebstähle kommen häufiger als jemals vor. Es scheint eine gewisse Solidarität unter den Verbrechern obzuwalten. Welche Schritte zur Ermittlung und Bestrafung derselben geschehen sind, ist dem Referenten nicht bekannt. So viel ist gewiß, daß hier nur die strengste Ueberwachung der verdächtigen Individuen, die öftere Aufhebung ihrer nächtlichen Banquets und unvermuthete Hausdurchsuchungen nach Feuerwaffen und gestohlenen Gute von Seiten der Kreis-Gendarmen helfen kann, denn von den Ortsgerichten ist im Hinblick auf Haus, Hof und Familie nicht zu erwarten, daß sie mehr thun als sie durchaus müssen, weil fast Jedermann die Rache der Verbrecher fürchtet. In den meisten Fällen sind aus demselben Grunde weder Kläger noch Zeugen gegen dieselben zu finden.

*** Beuthen in O. S., 18. Febr. [Wegesache.]** Erkrankten des menschlichen Körpers ist eine unausbleibliche Folge bei eintretender Störung der Blutcirculation. — Sind aber Wege und Straßen die Adern eines Staatskörpers: so bildet auch in dieser Beziehung sich gar leicht ein fauler Fied, wo Störung oder Erschwerung der Verkehrs-Circulation nicht verhindert wird. Und diese Gefahr droht dem koseler Kreise. Die Breslauer Zeitung hat das Verdienst, dem in Rede stehenden Gegenstande (Nr. 45, d. 14. Febr. d. J. Beilage) schon einige Seiten in ihren vielgelesenen Spalten gewidmet zu haben. Andere Organe werden einem so wichtigen patriotischen Interesse die Beachtung vor ihrem Lesepublikum gleichfalls nicht versagen können, wenn es mit Vergnügen ist, in Folgendem das wahre Sach, wie auch Lokal- und Zeit-Verhältnisse unparteiisch darzulegen.

Immitten eines Vierecks, dargestellt durch Verbindungsstraßen zwischen Kosel, Ratibor, Leobschütz und Klein-Glogau, ist das Dorf Kostenthal, koseler Kreises gelegen, etwa auf dem Punkte, wo die Diagonalen dieser Landkarten-Figur sich durchkreuzen würden. Von Ratibor ist Kostenthal drei Meilen entfernt; von Leobschütz über zwei Meilen, von Klein-Glogau zwei Meilen und von Kosel anderthalb Meilen. Diese Vorgemeinde ist die umfang- und vollreichste des Kreises. Sie gilt allgemein als die wohlhabendste und wurde schon im vorigen Jahrhundert katastrirt nach einem Steuer-Divisor, als hätte sie lauter Weizenboden. Aber nicht Alles, was glänzt, ist Gold. Kostenthal hat keinen Wald, muß das Brenn- und Bauholz vier Meilen weit holen zu dem Preise von 4 Thlr. pro Klafter. Steinkohlen holte man ehemals im beuthener Kreise (12 Meilen weit), jetzt in Kosel. Schlamm, Mergel, Streu, Moos als Düngungsmittel, fossilen u. s. w. hat es nicht. Der schwere Boden ist nur auf den animalischen Dünger oder weitzuholenden Gyps angewiesen und den Schweiß des Eigenthümers. Der Viehstand kann wegen Mangel an Wiesen und Gütung nicht erstarben. In Kobelwitz, bei Kosel, läuft der Kostenthaler oder pachtet Wiesenstücken. Die Anwerbe und der Abzug für Wirtschaftsprodukte ist nur mühsam in den benannten Städten zu suchen und rentirt deshalb wenig. Wenn die Armuth der Kostenthaler nicht notorisch geworden unter solch ungünstigen Lokalverhältnissen, so darf sich dies von dem Umstande, daß diese einzige Gemeinde im koseler Kreise seit Jahrhunderten sich der Wohlthaten des deutschen Rechts, Jus Teutonico, erfreut. Der Kreisau dieser Gemeinde von allen Feudal-Lasten geschah schon im 16. Jahrhundert. Mehr von Kostenthal aus, als von den Städten her schreitet die Germanisirung vorwärts in der Umgegend, welche aus allen Richtungen ihre Söhne auf Tauch oder Pension nach Kostenthal sendet zur Erlernung deutscher Sprache und Sitte behufs Vorbereitung für Gymnasien oder Seminar; Kostenthal ist eine wahre deutsche Nase im ober-schlesischen Polenland. Erwägt man diesen Umstand, daß seit Errichtung des Bahnhofes bei Kosel dem Getreidehandel eine eigenthümliche Bedeutung gegeben wurde auf den koseler Markt, und läßt es sich nicht ableugnen, daß die fruchtbarsten Dörfler Königsdorf, Dittmerau, Nimsdorf, Leisnig, Kasimir, Schönau, Gröbnig, Guben, Militzsch, Koste, Kläfen, Borislavitz, Karchwitz, Elguth, Urbanowitz, Lenschütz, Drawitz, u. s. w. nur vom Ackerbau leben und dessen Erzeugnisse zu besserer Verwerthung meist nach Kosel verschiften: so ist es wirklich der gerechte Wunsch einer überwiegenden Mehrheit der Einwohner und liegt zugleich im Interesse aller Handel und Ackerbau treibenden Dörfler des koseler, neuschlesischen und ratiborer Kreises, also eines Viertel-Regierungsbezirks, daß der in Angriff zu nehmende Chausseebau über Kostenthal statt über Gnadenfeld geleitet werde. Gnadenfeld ist durch eine Poststraße schon mit Kosel verbunden. Kostenthal galt schon vor 300 Jahren als der geeignetste Verährungs- und Abhaltepunkt der die

Landstraße von Kosel nach Leobschütz Passirenden. Die Erfahrung lehrt, daß diese Richtung des Weges die kürzeste sei und für die Restauranten verhältnißmäßig weniger Schwierigkeiten hatte, als die über Gnadenfeld u. s. w. Daher sein Name Gastthal oder Gosciencie, modern Kostenthal. — Seither war allerdings der Weg über Kostenthal auch fast immer sehr schlecht. Dies kam hauptsächlich davon, daß das nächste Wegebaumaterial, der Boden, fettlich ist und der Bauer, wenn er nicht muß, rührt weder Hand noch Fuß. Ein Dominium im gewöhnlichen Sinne giebt es in Kostenthal nicht und Kiskus hat für Besserung des schlechten oder Begründung eines guten Weges auf der fast eine Meile langen Strecke über das Kostenthaler Gebiet keine Wegebauliste geleistet oder Opfer gebracht, wie anderwärts im reichsten Maße geschieht. Sofort würde die Gemeinde selbst bauen wollen und sich eine Prämie erbitten, wäre sie nicht in Schulden. — Einer Gegend, die bei beschwerlichster Bewirtschaftung immer noch Stellen als Musterwirtschaften für Kleingrundbesitzer aufweisen kann, verdient nicht, durch die Chaussee über Gnadenfeld völlig umgangen, völlig von dem lebhafteren Verkehr abgeschnitten, sondern eher mehr und mehr ins Chausseeneß hineingezogen zu werden. Der Aufschwung Kostenthals zu einem blühenden Marktflecken oder zu einem glücklichen Ackerbürgerthume wird begründet oder doch dem Verfall dieses großen Gemeindeverbandes wird vorgebeugt, ja seine Prästationsfähigkeit für Friedens- und Kriegszeit gerettet durch die Richtung der Chaussee von Leobschütz über Kostenthal nach Kosel, als dem Hafen für Schiffahrt und Eisenbahn in Oberschlesien. Schaffranek, Pfarrer.

P. Aus dem ölsr Kreise, 19. Febr. [Kreistag.] Durch landrathliche Kurrende sind die Mitglieder der Kreisvertretung aufgefordert worden, zu dem am 8. März in Dels abzuhaltenden Kreistag sich einzufinden, um folgende Gegenstände zu erledigen:

1) Einsicht und Dechargirung der Kreis-Kommunal-Kassen-Rechnung pro 1851. 2) Beschlußfassung wegen eines zum öls-kreuzburger Chaussee-Bau gemachten Vorschusses. 3) Beschlußfassung über die Verwendung der Jagdscheingelder. 4) Beschlußfassung wegen der Vergütung der noch nicht erstatteten Mahlsteuer für im Jahre 1850 in das Magazin zu Breslau gelieferte Graupe und Grüge. 5) Feststellung des Etats der Kreis-Kommunal-Kasse pro 1852 und deren Ergänzung. 6) Erklärung über das Beitragsverhältniß zu den Zuschüssen für die Irren- und Taubstumm-Anstalten pro 1852. 7) Erklärung über die Regulirung des Kreis-Strassenbaues pro 1851, sowie Beschlußfassung über die fernere Anwendung dieser Anstalt und wegen eines zur Kasse ausstehenden Rückstandes; endlich 9) Ergänzungen durch Wahl der meisten Kreis-Verwaltungs-Kommissionen.

Es wird vermuthet, daß die ad 3 eingegangenen Gelder zur Deckung eines Theiles des Defizits, welches der Kreis-Kommunal-Kassen-Etat ergibt, verwendet werden wird.

□ Kosel, 16. Febr. [Kreistag.] Heute wurde hier durch den Kreislandrath Himm ein Kreistag abgehalten, bei dem fast alle Gutsbesitzer zugegen waren. In einem ausführlichen Vortrage setzte der Landrath klar auseinander, wie nöthig und erspriesslich der Bau einer Chaussee sei, von hier über Gnadenfeld nach der Grenze des leobschützer Kreises, dem der Regierungschefpräsident, Graf Pückler, noch unwiderlegliche, überzeugende Worte anreihete. Der Bau auf Kreis-Kosten wurde hierauf einstimmig beschlossen. Die Staatsprämie, 10,000 Rtl. für die Meile, ist dem Kreise zugesagt, daher auch der Bau so bald als möglich beginnen wird. Außerdem ist in Folge der eindringlichen Vorstellungen des Kreislandraths einstimmig beschlossen worden: daß im Kreise vier Wegebauaufseher angestellt werden. Diese sollen in den ihnen zugewiesenen Distrikten, nach Anordnung des Landraths, unter dessen allgemeinen, so wie der Polizeidistriktskommission besonderer Aufsicht die Wegebauten leiten, die Unterassessor in den einzelnen Gemeinden überwachen, die Lohnarbeiter anstellen, das Material ermitteln, fleißig ihren Bezirk bereisen, um etwa eingetretenen Mängeln schnelligst abzuhefen.

(Notizen aus der Provinz.) * Brieg. Da mehrere Einwohner unserer Stadt, welche das Bürgerrecht nicht erworben haben, gegen die seit dem 1. Januar eingetretene Erhöhung der Kommunalsteuer reklamirt haben, so hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, eine Bekanntmachung zu erlassen, in welcher jenen Reklamanten das Sachverhältniß näher auseinandergesetzt wird. Seit Einführung der Gemeinde-Ordnung habe der Unterschied zwischen Bürgern und Schutzverwandten aufgehört und gleiche Rechte erheischen auch gleiche Leistungen. — Die hiesige Sparkasse schloß voriges Jahr mit einem Einlage-Kapital von 117,270 Thlr. (von 1482 Sparern) und hatte in demselben Jahre einen Zuwachs von 13020 Thlr. und 177 Sparern gehabt. Unter den Sparern befinden sich 226 Kinder, 3195 Dienstboten und arme Personen, 463 Dorfbewohner, 29 Strafgefangene u. s. — Im vorigen Jahre sind im hiesigen Kreise (die Stadt- und die bloß polizeilichen Strafen abgerechnet) 387 Personen rechtskräftig verurtheilt worden, und zwar 337 männlichen und 50 weiblichen Geschlechts; 129 vom linken, 258 vom rechten Ober-Ufer, 259 wegen Diebstahls, 30 wegen Körperverletzung u. s.

+ Glogau. Der Vorstand der hiesigen freien christlichen Gemeinde verwahrt sich in einer Anzeige in den hiesigen Blättern gegen die Anschuldigung ungesetzlicher politischer Bestrebungen, und fordert diejenigen, welche glauben, diese Anschuldigung nachweisen zu können, auf: den zuständigen Behörden die nöthige Anzeige zu machen. — Mittwoch den 18. und am folgenden Tage werden Hr. Grobeger und Frau als Gäste auf hiesiger Bühne auftreten, nämlich in: „100,000 Thlr.“ und „das Gefängniß.“ — Sonabend den 21. wird unser Gesangs-Verein „Schillers Glocke“ und den 42. Psalm von Mendelssohn-Bartholdi aufführen.

Lauban. Die 4 Gebrüder Tschirch werden unter Mitwirkung des Herrn Lehrer Legner aus Breslau und vieler anderer fremder Gesangskräfte am 6. März ein großes Vokal- und Instrumental-Konzert veranstalten, wobei der „Sängerkampf“, ferner eine Scene aus Ernst Tschirch's Oper: „Erithiof“ und eine neue Ouverture von R. Tschirch unter eigener Direktion des Komponisten zur Aufführung kommen sollen.

† Hirschberg. Am vorigen Sonnabend fand die von dem Tschiedelschen Gesangsvereine veranstaltete Aufführung des „Weltgerichts“ von Schneider statt. Der genannte Verein hat seine schwierige Aufgabe auf eine rühmliche Weise gelöst, welches auch durch den wiederholten allgemeinen Beifall anerkannt wurde. Die Räume waren von Zuhörern fast überfüllt. Dem wackeren Dirigenten gebührt herzlicher Dank für diesen schönen Genuß. — Künftigen Sonntag werden in dem Theater zu Schmiedesberg zwei Stücke von E. H. Görner, „Schwarzer Peter“ und „Die drei Musikanten“ aufgeführt.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

* **Breslau, 17. Febr.** [Allgemeine Versammlung der schles. Gesellschaft für vaterländische Kultur.] Herr Dr. phil. Poled aus Reife hielt einen durch Experimente erläuterten Vortrag über das Verhalten der Flüssigkeiten gegen stark erhitzte Körper. In einer Einleitung besprach er zunächst die Bedeutung der Naturforschung für unsere gesamte geistige Kultur. Diese ist gegen früher eine völlig veränderte geworden, seitdem die Naturwissenschaften aufgeführt haben, ein laies Aggregat einzelner Disciplinen zu sein, sie vielmehr ein organisches Ganzes geworden sind, dessen einzelne Theile in harmonischer Gliederung sich gegenseitig durchdringen und in einer vom Ganzen abgelösten Entwicklung nicht mehr gedacht werden können. Mit der so gewonnenen Einheit auf dem eignen Gebiet habe sich auch ihr Verhältnis zu unserem Gesamt-Wissen klar gestaltet, und indem sie mit Sprachforschung, Geschichte, Philosophie in eine beständige und notwendige Wechselwirkung getreten sind, sei es unabweisbar, daß erst durch ihren Aufschwung jene Universalität des Wissens angebahnt worden sei, welche als höchstes zu erreichendes Ziel jedem wissenschaftlichen Streben vorzuehe. Der Leidensrostische Versuch gab die Veranlassung, eine einzelne Thatsache in den verschiedenen Gebieten des Wissens zu verfolgen.

Zunächst wurden die Bedingungen erläutert, unter denen das Sieden einer Flüssigkeit eintritt und der Siedepunkt derselben als abhängig von dem auf ihre Oberfläche ausgeübten Atmosphärendruck und der zugeführten Wärmemenge bezeichnet. Diesen Bedingungen völlig widersprechend, verhalte sich der in einer glühenden Schale rotirende Wassertropfen im Leidensrostischen Versuch, welcher ungeachtet der hohen Temperatur des Gefäßes und dem unveränderten Druck der Atmosphäre nicht ins Sieden gelange, sondern auffallend langsam verdampfe und erst nach Abkühlung der Schale unter eine gewisse Temperatur plötzlich zu sieden anfange. Alle flüchtigen Flüssigkeiten, welches auch ihr Siedepunkt sein möge, verhalten sich auf gleiche Weise, sie bewahren im glühenden Tiegel eine Temperatur, welche mehrere Grade unter ihrem Siedepunkt liegt. Es tritt also hier die paradoxe Erscheinung ein, daß der Schwefelsäure, welcher schon in der warmen Hand kocht, und die flüssige schweflige Säure, deren Siedepunkt bei -10° liegt, diese Temperaturen in der glühenden Schale nicht erreichen. Durch eine glückliche Kombination dieser Versuche mit einigen andern Erscheinungen ist es gelungen, im weisglühenden Tiegel Eis zu erzeugen, ja sogar Quecksilber gefrieren zu lassen. Nachdem der Leidensrostische Versuch mit Wasser und Aether angestellt worden war, wurde die im glühenden Tiegel rotirende schweflige Säure gezeigt und durch Zugießen von Wasser nach wenigen Sekunden eine Eismasse erzeugt, welche als solche aus dem noch glühenden Tiegel herausgehoben wurde.

Die Erklärung dieser so auffallenden Thatsachen wurde vorzugsweise in einem Wechsel der Adhäsions- und Kohäsionsverhältnisse gesucht und begründet durch Anführung von Thatsachen, welche kaum eine andere Deutung zulassen. Der Uebergang der leitenden Wärme von der glühenden Schale in die rotirende Flüssigkeit, ist wenn auch nicht ganz aufgehoben, doch bedeutend verzögert und die Quantität derselben auf ein geringes Maß reduziert, während die Wirkungen der strahlenden Wärme aus Gründen, welche den Untersuchungen von Melloni entnommen sind, nur eine verhältnismäßige unbedeutende Erwärmung der Flüssigkeit veranlassen.

Hierauf wurde die Bedeutung des Leidensrostischen Phänomens für das Verständnis einer Anzahl von Erscheinungen erläutert, welche sowohl durch die Grobheit ihres Auftretens als auch durch ihre Bedeutung für einige Entwicklungsstadien menschlicher Kultur das lebhafteste Interesse für sich in Anspruch nehmen. Zunächst wurde der Dampfseilerpositionen gedacht, welche in einzelnen Fällen unzweifelhaft durch das Eintreten des erwähnten Phänomens und der dadurch bedingten plötzlichen Dampfentwicklung veranlaßt worden sind. Die vulkanischen Erscheinungen der Gegenwart und der früheren geologischen Perioden zeigen Verhältnisse, in denen das Eintreten des Leidensrostischen Phänomens höchst wahrscheinlich das bedingende Moment war. In der Wechselwirkung zwischen den geschmolzenen Massen des Erdinneren und hin- und herströmenden Wassers, sind die Bedingungen für eine plötzlich in ungeheurer Maßstabe stattfindende Dampfentwicklung gegeben, welche in diesen Fällen als das treibende Moment anzusehen ist, so wie nach den Untersuchungen von Bunsen die Erscheinung, daß feimembräre Gesteine in unmittelbarer Berührung mit Basaltgängen oder andern plutonischen Gesteinen oft keine Spur einer Feuer-Entwicklung zeigen, nur durch den Eintritt des gedachten Phänomens zu erklären ist, indem das die durchdrungenen Gesteine durchdrängende Wasser den Uebergang der Wärme aus den feurig flüssigen Massen in diese verbindet. Eine kurze Skizze des Wesens und der Bedeutung der Orbalien, in welcher die Thatsächlichkeit des häufigen Gelingens der Feuerprobe außer Zweifel gesetzt wurde, gab die Gelegenheit, die Bedeutung des Leidensrostischen Versuches für die Kulturgeschichte der Menschheit zu besprechen. Durch die Arbeiten von Boudigny, welcher die vorhandenen Thatsachen sammelte und durch Versuche ergänzte, ist es gelungen, das Wunderbare des Gelingens der Feuerprobe abzustreifen und die momentane Unverbrannlichkeit des menschlichen Körpers als eine allgemeine Thatsache zu sehen. Man kann ungefährdet mit der Hand schmelzendes Eisen und Kupfer aus einem Gefäß in das andere schöpfen, die Hand in schmelzende Bronze und flüssiges Blei tauchen, mit bloßen Füßen auf glühendes Eisen treten, oder über feißig gegossene Eisenplatten hinweggehen. Wenn man die Hand vor dem Eintauschen mit Aether befeuchtet, so empfindet man nur eine sehr geringe Wärme, auch kann man sie so ohne Unbequemlichkeit ins siedende Wasser eintauchen. Diese merkwürdigen, theilweise schon länger bekannten Versuche finden ihre hinreichende Erklärung durch den Leidensrostischen Versuch. Es findet keine Berührung zwischen dem glühenden Metalle und der Hand statt, indem die Feuchtigkeit derselben, welche beständig durch die Hautthätigkeit ersetzt wird, hier ganz dieselbe Rolle wie der in der glühenden Schale rotirende Wassertropfen spielt. Sie verhindert, indem sie in denselben Zustand übergeht, den Uebergang der leitenden Wärme und reduziert den Einfluß der strahlenden Wärme auf ein Minimum. Sehr flüchtige Substanzen, wie Aether, dienen nur dazu, den Versuch ganz gefahrlos zu machen. Der Versuch bestärkte die obigen Mittheilungen, indem sowohl der Vortragende als auch eine Anzahl der Anwesenden ihre Hände ungefährdet in schmelzendes Blei und siedendes Wasser tauchten.

2 [Ein kurioses Buch.] In Nürnberg, Kommission bei Th. Schiefers Buchh. erschien eben: **Geldure oder die Schlange der Volksnoth.** Von German. Das ist eins der sonderbarsten Bücher, die mir je vor Augen kamen. Der Inhalt des Buchs ist sogar noch sonderbarer, als der Titel. Eine solche Mischung von Klarem und Wolfigem, von Verständigem und Wirrem, von Praktischem und Phantastischem, von Gutgemeintem und Gefährlichem, so bunt durch einander gewürfelt, ist noch nicht dagewesen. Um dem Leser ein Bild von den Widersprüchen in der Darstellungsweise des vorliegenden Buchs zu geben, hebe ich zwei Stellen heraus, von denen die erste als ein Galimatias wechselnder Chromatropen erscheint, die zweite eine schwärmerisch phantastische Herzenserleichterung ist. Die erste Stelle lautet:

„Die Staatsregierungen haben allgemeine Wetteutrennen veranstaltet, um das Hemd des Glücklichen zu suchen und das Volk vor dem Verderben zu retten. Obwohl nun von der Anzahl preisender Glückstöße einer in Holschuben und mit dem Scutubens Schein um den Kopf für keine gelieferte Staatsargerei mit Dukaten gekrönt wurde, so scheint es doch fast, daß auch diese gekrönte Preisgabe noch nicht die rechte Wirksamkeit verspreche, oder vielleicht noch der Läuterung von manchen cerevisialen und lottoralen Bestandtheilen bedürfte, weil bis zur Stunde noch keine Wunderkuren damit vorgenommen wurden; ja es ist sogar zu fürchten, daß diese gekrönte Preisgabe noch vor der Probetur durch einen unterdessen wieder erstundenen altrömischen, freilich weit einfacheren, nur aus zweierlei auf Leib und Seele gleich stark wirkenden Pech-Sorten zusammengesetzten Römischen Staatsbalsam verdrängt werde, womit schon alle Vorrathshäuser bis zum Ueberflusse angefüllt sind.“

Was würde Hamlet zu dieser schönen Stelle sagen? —

Worte! Worte! nichts als Worte!

Aber es sind doch wenigstens Worte, über welche man lachen kann.

Nun kommt die zweite Stelle aus dem Buche. Auch nur Worte. Aber sehr traurige Worte, weil es eben nur Worte sind. „Nun denn! so laßt uns in das hochtönende Giallaborn stoßen und die Gerechten zum letzten Kampf auf Erden versammeln. Doch nicht mit den Waffen der reißenden Thiere wollen wir kämpfen, nicht mit den blutigeren Nordstählen, nicht durch die schwarzen Höllensklänge und ihre tödtlichen Geschosse wollen wir die Geschlechter vernichten, sondern durch die Waffen des Geistes wollen wir unsere Feinde besiegen. Die Wahrheit kämpfe wider den Betrug, die Ehre gegen die Schande, die Tugend gegen das Laster, die Freiheit gegen die Unterdrückung, die Liebe gegen den Haß, die Zufriedenheit gegen die Habgucht, die Sanftmuth gegen den Neid, das Licht gegen die Finsterniß, die Unschuld gegen das Verbrechen, das Ewige gegen das Zeitliche! Der deutsche Geist, welcher das römische Völkergesetz erschmeterte

und das päpstliche Geistesjoch zerstörte, wird auch das Joch der menschlichen Leidenschaften noch zerbrechen und den Menschen den Frieden wiedergeben.“

Man sieht, der Verf. ist ein Turner. Er glaubt an den deutschen Geist! Er ist Jugend-Idealist. Er will das Joch der Leidenschaften zerbrechen, was so viel heißt, als das Triebrad der menschlichen Bewegung vernichten. Er will den Menschen den Frieden wiedergeben. Wiedergeben? Haben die Menschen jemals Frieden gehabt? war das Joch der Leidenschaften jemals schon zerbrochen? Was kann der Autor damit meinen? Vielleicht die Zeiten, in denen in verschiedenen Staaten die Kammern aufgelöst wurden? —

Während Herr German — will er mit seinem Namen den Deutschen repräsentiren, warum nannte er sich nicht deutsch: Michel? — während German von Liebe, Versöhnung, zerbrochener Leidenschaft predigt, legt er einen Judenhaß an den Tag, der dem Juden erbitterte nachtheilige Einflüsse aufbürdet.

Wo bleibt da der fanatische Freund der Wahrheit?

German, warum hast Du Dir das gethan?!

„Geldure“ verdient als ein Bademeum empfohlen zu werden. Es bietet viel Abwechslung. Bald reichen Stoff zum Lachen, wenn auch gegen die Absicht des Autors, der gar nicht komisch sein wollte, bald Anregung zum Nachsinnen.

Wie weit umfassend der Autor seinen Stoff behandelt hat, beweisen die einzelnen Abschnitte, deren Ueberschriften ich noch hersetzen will: Die Ungerechtigkeit im Herbaun — Die Ungerechtigkeit in der Besteuerung — Die Ungerechtigkeit in Behandlung der Staatsgüter — Die Rechte theile der Gütersesseln — Das Krebsübel der Staatschulden — Der Mißbrauch des Bankwessens — Der Mißbrauch des Kapitals — Das Laster des Staatspiels — Die Unverhältnismäßigkeit der Bettel- und Armensteuer — Die Schäden der Ein- und Ausfuhr — Das Unheil der Advokaten — Das Uebel der Sittenverbesserer. — Kernig, derb, nicht selten grob, ist German in seinen Ausdrücken, das zeigen schon diese Ueberschriften. Das Buch, in Nürnberg erschienen, ist gepfeffert, aber kein Pfefferkuchen.

Es giebt jetzt so viele große Kinder, die mit Staatsangelegenheiten, Volksökonomie, Weltverbesserung, Städteordnung und dergleichen spielen; mögen diese sich auch das nürnbergische Spielzeug, das unter dem Titel: Geldure erschien, kaufen.

Sie können spielend daraus ein sehr Wichtiges lernen, und dann hätte das Buch, wenn auch nicht den Zweck, den der Autor beabsichtigte, doch einen sehr guten Zweck erreicht; jene großen Kinder können aus Geldure lernen:

Daß man sich beim besten Willen lächerlich macht, wenn man über Dinge spricht, Geschäfte treiben will, die man nicht versteht, zu denen man keine Befähigung hat.

Hand-I, Gewerbe und Ackerbau.

3 **Breslau, 20. Februar.** [Für die schlesische Industrie-Ausstellung] sind ferner angemeldet worden von:

Fabrik-Beister Louis Epstein in Lublin: geschmiedetes Stabeisen, ein Sortiment Eisenblechloßel.

Eisengießerei und Maschinenbau-Werkstätte Ernst Hoffmann u. Komp. hier: verschiedene Maschinen der Eisengießerei und Maschinenwerkstätte.

Bronce-Waaren-Fabrik C. Hönsch hier: verschiedene Gegenstände in Bronze und Zink.

Eisenwaarenhandlung Strehlow u. Laßwitz hier aus dem Hüttenwerke Bernsdorf bei Hoyerswerda: einige Feinguß-Defen.

Kaufmann Zippel u. Komp. hier aus dem gräf. zu Solms'schen Eisenhütten- und Emailirwerke Lorenzdorf: feinvergirte Gußeisen-Defen und emailirtes Kochgeschirr.

Tapezierer Oskar Müller hier: eine Chaise longue.

Lackierfabrik F. Adler hier: ein Sortiment diverser lackirter Rindshäute, Rosbader, Kalbleder und Schaafleder und ein Sortiment aller Gattungen Mähenschrime.

Klempnermstr. Renner jun. hier: verschiedene Arbeiten in Zink.

Eine Dame hier: ein Ofenschirm, 2 Altarkissen.

Direktion der königl. Strafanstalt in Brieg: eine Sammlung Holzmosaik-Bilder, nebst einigen davon gefertigten Gegenständen.

Kaufmann Löffler in Altwasser: verschiedene Sorten Mehl, Graupen, Gerst, Weizen-Stärke, Gummi, Fadens- und Fagons-Nudeln, Macaroni.

Rittergutsbesitzer Fischer in Nieder-Poischwitz bei Zauer: einen Kloben ungehechelt, einen Kloben gehechelt, Flachs nach belgischer Methode in Wasser geröstet und über den belgischen Schwingstock gearbeitet.

§ **Breslau, 20. Febr.** [Kaufmännischer Verein.] In der gestrigen Versammlung wurde ein Schreiben der Handelskammer zu Schweidnitz an den dasigen kaufmännischen Verein mitgetheilt, worin wie in einem ähnlichen Reskript an die hiesige Handelskammer der Erlaß einer neuen Verordnung über den Verschleiß der Gistwaaren durch das Ministerium in Aussicht gestellt ist.

Hierauf machte Hr. Sturm Anzeige von einem Beschlusse der hiesigen Handelskammer in Betreff der projektirten Zeitungssteuer und knüpfte daran den Antrag, der Verein möge sich an dieselbe Handelskammer wenden, um durch deren Vermittelung beim Ministerium die Rücknahme einiger den Interessen des Handelsstandes gefährlicher Bekanntmachungen, welche von hiesigen Behörden ausgegangen sind, schnell zu erwirken. Der Redner verlas nun die Bekanntmachung der königl. Regierung und des kommandirenden Generals vom 6. Armeekorps, wonach amtliche Inserate fortan nur im Amtsblatte und in der „Conservativen Zeitung“ veröffentlicht werden sollen. Die Regierung müßte über den Parteien stehen und allen Staatsbürgern, welche gleiche Lasten tragen, gleiche Rechte gewähren. Dadurch, daß man ein wenig gelesenes Organ bevorzuge, würden dem theilhabenden Publikum überhaupt namentlich den Gewerbs- und Handeltreibenden, unabsehbare Nachtheile bereitet. Man denke nur an die Licitations- und Auktions-Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden, an die Lieferungs- und Gestellungs-Aufforderungen der Militärgouvernements, und es ergebe sich deutlich, wie sehr die beiderseitigen Interessen, sowohl der Behörden als des Publikums, durch eine mangelhafte Verbreitung jener Bekanntmachungen gefährdet erscheinen.

Die Herren Strobach und Hammer erklärten sich im Prinzip für den Sturm'schen Antrag, und wollten die Ausführung desselben in der Praxis nur noch einige Zeit verschoben wissen. — Dagegen wurde geltend gemacht, daß die Behörden die erwähnte Maßregel wohl zurücknehmen würden, wenn die kaufmännische Welt nicht zögere, die für sie daraus erwachsenden Nachtheile an geeigneter Stelle vorzutragen. Für das größere Publikum könnten aber erhebliche, oft unüberwindliche Verluste eintreten, wenn die Bekanntmachung der bau-, feuer- und gesundheitsgefährlichen Fabrikanlagen und gewerblichen Institute von den Behörden nicht auch in den allgemein gelesenen Zeitungen publiziert würden. Hr. Sturm fügte noch hinzu, wie namentlich die „Breslauer Zeitung“, welche die gewerblichen Interessen vorzugsweise vertritt, durch Entziehung der betreffenden Inserate leide. Der Vorsitzende Hr. Reber hält den Antrag für vollkommen gerechtfertigt, indem er zeigt, wie tief die ihm zu Grunde liegende (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu No. 52 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 21. Februar 1852.

(Fortsetzung.)

den Maßnahmen der Behörden in das private rechtliche Leben eingreifen. Schließlich genehmigte die Versammlung den Sturm'schen Antrag und betraute den Vorstand mit dessen Ausführung.

Hr. Lode beantragte eine Petition an die Handelskammer, wegen Abschaffung des doppelten Wiegens auf dem Pachtwege. Die Güter werden nämlich beim Eingange und bei Versendungen, also zwei Mal gewogen, die Mankos nicht ersetzt, ja sogar nach Angabe der Frachtbriefe besteuert, so daß der Verkehr nur Störungen und der Kaufmann durch die wiederholten Spesenentrichtungen bedeutenden Schaden erleidet. Die Versammlung schloß sich dem Lodeschen Vorschlage an und beauftragte den Antragsteller, das Gesetz zu entwerfen. — Eben so erklärte man sich einstimmig für Beseitigung der ungebührlichen Fastnachtsgratulationen und beschloß daher die nötigen Schritte zu thun. — Hr. Sturm machte den Verein wiederholt darauf aufmerksam, daß für die mit den Eisenbahnen anlangenden Frachtgüter, welche sofort abgeholt werden, keine Magazinsage zu entrichten ist.

Das Examen der im Handlungsbieners-Institut unterrichteten Lehrlinge fällt diesmal aus.

Berlin, 18. Februar. [Schutz der einheimischen Zuckerproduktion gegen das Ausland.] Wenn man annehmen darf, daß die Zollvereinsstaaten auch für die Zukunft selbst bei Reformen, im Allgemeinen den handelspolitischen Grundsätzen treu bleiben werden, auf denen die Zollgesetzgebung derselben bisher beruhte, so kann man auch nicht annehmen, daß es in der Absicht liegt, den inländischen Rohzucker bezüglich des Zolles mit dem ausländischen gleich zu stellen. Man kann hierbei auf mehrere Grundsätze und Zusagen hinweisen, die im Laufe der Zeit auf dem Wege der Gesetzgebung ausgesprochen worden sind. So giebt die Verordnung vom 18. Mai 1818 die Zusage, „durch eine angemessene Besteuerung des äußern Handels und des Verbrauchs fremder Waaren die inländische Gewerbsamkeit zu schützen;“ — so ist namentlich der Rübenzucker-Industrie ein gewisser Schutz gegen die Konkurrenz des Auslandes durch die Uebereinkunft sämtlicher Zollvereins-Regierungen vom 8. Mai 1841 gewährt, worin unter Art. 7 ausdrücklich die Zusage erteilt wird: „die Steuer vom vereinsländischen Rübenzucker gegen den Eingangszoll vom ausländischen Zucker stets so viel niedriger zu stellen als nötig ist, um der inländischen Fabrikation einen angemessenen Schutz zu gewähren, ohne zugleich die Konkurrenz des ausländischen Zuckers auf eine die Einkünfte des Vereins oder das Interesse der Konsumenten gefährdende Weise zu beschränken;“ — und diese Zusage, welche bisher nicht zurückgenommen worden ist, hat endlich auch in dem Vertrage vom 7. Septbr. 1851 ihre Bestätigung gefunden, indem der Art. I. desselben ausdrücklich besagt, daß die bisher im Zollverein bestehenden Grundsätze unter den durch den Vertrag stipulierten Modifikationen, fortwährend die Grundlage der Vereinigung bilden sollen, die indessen keinesweges den Grundsatz beseitigen, nach welchem, in Betracht der Uebereinkunft vom 8. Mai 1841, der inländischen Fabrikation ein angemessener Zollschutz gegen die Konkurrenz des Auslandes gewährt werden soll. Diese Uebereinkunft setzt unter Art. 7 a zwar fest, „daß der Eingangszoll von ausländischem Zucker und Syrup und die Steuer vom vereinsländischen Rübenzucker zusammen für den Kopf der jeweiligen Bevölkerung des Zollvereins jährlich mindestens eine Brutto-Einnahme gewähren soll, welche dem Ertrage des Eingangszolles vom ausländischen Zucker und Syrup für den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der drei Jahre 1853—40 gleich kommt;“ und wenn nun auch nach späteren Ermittlungen die hiernach erforderliche Einnahme vom Zucker und Syrup in den Jahren 1847—49 nicht mehr erreicht worden ist, so läßt sich doch hieraus noch keinesweges die Nothwendigkeit einer übertriebenen Besteuerung des Rübenzuckers und somit die Entziehung eines angemessenen Zollschutzes rechtfertigen, und es könnte höchstens eine erhöhte Besteuerung gebilligt werden, wenn die Deckung des aufzubringenden Staatseinkommens dies erfordert sollte, wobei indessen auch der auswärtige Zucker und Syrup in steuerlicher Beziehung beachtet werden müßte.

Es würde daher unter den hier angeführten Zusicherungen, selbst wenn die jetzt bestehenden handelspolitischen Verhältnisse für die nächste Zukunft einen Umschwung erfahren sollten, weder vom moralischen, noch vom praktischen Standpunkte aus eine zu rechtfertigende Maßregel sein, wollte man der Rübenzucker-Industrie jetzt plötzlich den zugesagten Zollschutz entziehen und große Vermögensverluste müßten unsehrbar hiervon die Folge sein. Selbst bei einer Halbierung des Freihandels-Systems könnte dies doch nur dann in billiger Weise geschehen, wenn man alle und nicht bloß einzelne Gewerbszweige in diesen Kreis hineinzieht, wo es alsdann auch durch die gleichmäßige Beseitigung der die Preise von anderen Gütern und Leistungen erhöhenden Einrichtungen der Rübenzucker-Industrie nicht abgesprochen werden, daß sie vorzugsweise ein Recht auf billige Rücksichtnahme hat. Denn erstens trägt dieselbe nicht allein durch Gewerbesteuer, Klassensteuer und klassifizierte Einkommensteuer zu den Einnahmen des Staates vorzugsweise bei, sondern sie ist auch die Ursache vieler wohlthätigen Einwirkungen auf viele mit ihr in Verbindung stehenden Gewerbe hinsichtlich der Vermehrung von deren Steuerfähigkeit. Nach dem, was wir hier angeführt haben, scheint demnach auch für die Zukunft ein Schutz zoll notwendig, um die Rübenzucker-Industrie gegen die Konkurrenz des ausländischen Rohzuckers einigermaßen sicher zu stellen, allein auch hierbei werden die Interessenten sich nach Lage der Verhältnisse voraussichtlich mit dem bescheidensten Maße begnügen, indem sie für den Rübenzucker nur den Rang eines landwirthschaftlichen Produktes geltend machen und für denselben zum mindesten die Gleichstellung mit anderen landwirthschaftlichen Erzeugnissen beanspruchen, wonach, nach dem jetzt geltenden Tarif, wenn man z. B. Fleisch, Bier, Branntwein, Salz u. dgl. m. Auge faßt, der Schutz für den Rübenzucker etwa 2 Thlr. pro Zolcentner betragen müßte; ja bei den Wurzeln, welche die Rüben-Industrie bereits geschlagen hat, würde sich dieser Zollschutz wohl auch allmählig noch bedeutend verringern lassen, so daß man vielleicht bis zu 1 Thlr. 3 Sgr. herabgehen dürfte. Ueberhaupt kann man annehmen, daß nach den angestellten Ermittlungen sich als höchster Beitrag bei der Besteuerung des Rübenzuckers 2½ Thlr. für den Zolcentner herausstellen dürften.

O. Berlin, 18. Febr. [Die Derschiffahrt betreffend.] Die der Schiffahrt so nachtheiligen Versandungen in der Oder haben auch dem hiesigen Kaufmannsstande und den Industriellen Veranlassung gegeben, betreffenden Ortes ihre Reklamationen zur Beseitigung dieses Uebelstandes laut werden zu lassen. Es würde vielleicht zweckmäßig sein, wenn sich die breslauer Interessenten mit der hiesigen Kaufmannschaft zu dem Zwecke in Verbindung setzten, eine Förderung dieses für die beiderseitigen Verkehrsverhältnisse wichtigen Gegenstandes gemeinsam zu betreiben.

[Frankreichs Einfuhrzölle.] Der vor Kurzem veröffentlichte offizielle vergleichende Ausweis über die in dem letzten Triennium (1849—1851 inkl.) stattgefundenen Ein- und Ausfuhrhandelsgebarung von Frankreich, stellt folgenden merkwürdigen Umstand heraus: Die Einfuhrzölle werfen ab:

1849	1850	1851
127,856,282	124,696,461	117,121,485

In 1851 mithin ein Ausfall von 10,734,797 Franken gegen 1849, und von 7,574,976 gegen 1850!

[Ertrag der vorjährigen Heringsfischerei Norwegens.] Die Waarheringfischerei ist gut ausgefallen; man hatte aber zu hohe Preise angelegt, um einen vortheilhaften

Absatz erwarten zu dürfen. Im Ganzen sind von Bergen aus etwa 251/m Tonnen verladen, und das Lager muß als erschöpft betrachtet werden. Der letzte Preis war 2 Sp. 42 Sch. — 2 Sp. 54 Sch. pr. Tonne. Im Ganzen dürfte die Ausfuhr von Norwegen d. J. auf etwa 600/m Tonnen betragen. Der Fetheringfang war von keiner Bedeutung und ging spät im Herbst an.

[Kritische Lage der Cigarren-Fabrikanten Bremens.] Die Folgen der Cigarren-Zollerhöhung im Zollverein, die sich mit Gewißheit vorhersehen ließen, wenn man auch von verschiedenen Seiten Zweifel zu erregen suchte, fangen allmählig an in einer Weise hervorzutreten, welche zu den ernstesten Besorgnissen Veranlassung giebt. Viele Fabrikanten, namentlich die kleineren, welche durch die Aussicht auf den reichen, leicht zu erwerbenden und früher sichern Gewinn gelockt, ihr Geschäft mit Nichts begannen, haben ihre Thätigkeit ganz eingestellt, andere haben dieselbe auf das Bedürfnis beschränkt, und es sind daher schon jetzt eine sehr große Anzahl von Arbeitern brodlos geworden.

[Hamm'sches Mittel gegen die Kartoffelsäule.] Hr. Gustav Hamm zu Liegenhof glaubt ein Mittel gegen die Kartoffelsäule entdeckt zu haben und hat solches der Regierung zur Verfügung gestellt. Es besteht in dem Ueberstreuen der bereits erwachsenen, in der Blüthe stehenden Stauden mit dem Staube des an der Luft zerfallenen Aegalks. Hr. Hamm hat dies Mittel seit 1847 angewendet, und zwar in den ersten vier Jahren jedesmal, wenn die Spuren der Krankheit sich bereits an den bekannten schwarzen Flecken des Krautes erkennen ließen, und in dem letzten Jahre etwas früher, nämlich als auf den benachbarten Feldern die Anfänge der Krankheit sich zeigten. In den ersten Fällen ist die Krankheit jedesmal zum Stillstande gebracht, im letzteren Fall ganz und gar verhütet worden. Auf 75 Quadratruthen wurden nicht ganz 3 Scheffel Kalkstaub angewendet. Selbstredend muß dies Aufstreuen bei stillem Wetter und in den Abendstunden geschehen, damit der Nachthau den Kalkstaub auf den Blättern festhalte. (Landw. Mitth.)

(Wir sind veranlaßt, fügt die Red. der „Landw. Mitth.“ der obigen Mittheilung hinzu, die verehrlichen Vereins-Vorstände und geehrten Mitglieder zu ersuchen, die Zweckmäßigkeit dieses Vorbeugungsmittels gegen die Kartoffelkrankheit zu konstatiren und uns zu seiner Zeit, Behufs weiterer Berichterstattung an das königl. Landes-Oekonomie-Kollegium, gefällige Mittheilung zu machen.)

[Der Brand im Weizen.] Viele Oekonomen, gewiß aber alle Wirthschaftsbefiger auf dem flachen Lande sind der Meinung, daß der Brand im Weizen eine Krankheit sei, deren Ursache in der Bodenbeschaffenheit oder Witterungsverhältnissen zu suchen ist. Ich unterzog diesen Gegenstand einer genauen Untersuchung, fand die Brandpilze im Weizen auf jenen Feldern, wo frischer Weizen gesät wurde, und gelangte auf diese Weise zur Vermuthung, der Grund dieses Uebels liege ganz sicher in der Ausfaat frischer unreifer Samenkömer, was auf nachfolgende Art erklärbar ist: Bei der Ernte werden unvermeidlich auch halbreife Aehren auf dem Felde abgeschnitten und in die Scheuern eingebracht; beim Abdrusch und Reinpuzen ist es unmöglich, selbst bei der genauesten Aufmerksamkeit alle unreifen Kömer bei der zum Samen bestimmten Quantität, da sie den reifen völlig ähnlich sind, auszuscheiden. Diese unreifen Kömer werden nun mit ausgesät, haben auch die Kraft zu keimen, einen Halm und Aehre zu treiben, beim Beginn des höchsten Lebensprozesses aber stirbt diese Kraft, die Blüthe unterbleibt, der mit etwas Nährsaft angefüllte Beutel, welcher in gefunden kräftigen Aehren die Kleinhülle des Mehlkörpers wird, verwelkt, der Saft verdorrt und modert und die Brandpilze werden sichtbar. — Aus diesen Erscheinungen ziehe ich den Schluß, daß Brand im Weizen keine Krankheit, sondern ein durch Unreife des Samens bedingtes Unvermögen sei, eine vollendete Getreidepflanze zu erzeugen, und daß das sicherste Mittel zur Vermeidung des Brandes die Anwendung von jahrelang abgelegenen Samenweizkörnern ist, denn nach Verlauf eines Jahres hat das am Schüttboden liegende gebliebene unreife Samenkorn seine Keimkraft verloren, es wird wohl ausgesät, geht aber nicht mehr auf und die empornwachsenden Halme des Weizenfeldes sind aus gefunden und reifen Samenkörnern aufgeschossen, die gewiß keine brandigen Aehren liefern und die bisherige Anwendung aller Mittel zur Verhütung des Weizenbrandes, als: Bitriolbeizen, Lauge u. dgl. m. entbehrlieh machen. (M. L. u. Frst. J.)

[Chloroform bei mikrographischen Untersuchungen angewandt.] Die Schwierigkeiten, Thiere unter dem Gesichtsfeld des Mikroskops ruhig zu erhalten, überwand Hr. B. Lecoeur mittelst Chloroform, das er an einem Stückchen Schwamm oder Papier auf das Glas legt, auf welchem diese Thierchen untersucht werden sollen. Infolgenden, welche bei einer gewöhnlichen Vergrößerung (von 200 Durchmessern) ungefähr 6 Centimeter lang und 4 Centim. breit erscheinen — wahrcheinlich Schnellthierchen (Vorticellae) — ändern unter dem Einfluß des Chloroforms ihre Bewegung vollkommen, kommen wohl auch ganz zur Ruhe, nahmen aber, sobald das Chloroform entfernt wurde, ihren früheren Zustand wieder an.

C. Breslau, 20. Februar. [Produktenmarkt.] An unserm Markte machte sich keine Veränderung gegen gestern bemerkbar.

Weizen, weißer, bedang nach Qualität 60—71½ Sgr., feinsten 72½ Sgr.; gelber 62 bis 69 Sgr., feinsten 70 Sgr. pr. Scheffel.

Roggen 59—68 Sgr., 87—88½ Sgr. 69—70 Sgr.

Gerste 41—47½ Sgr., feinsten 49—50 Sgr.

Hafer 28—32 Sgr.

Erbsen 55—65 Sgr.

Der Begehr nach Kleesamen war heute schwach und die Preise erfuhren eine weitere Ermäßigung; rother ord. wurde 12—13 Thlr., mittler 14—15 Thlr., fein mittler 16 Thlr., feiner 18 Thlr., feinsten 19 Thlr.; weißer ord. 9—10 Thlr., mittler 11 Thlr., fein mittler 12 Thlr., feiner 13 Thlr., feinsten 14½ Thlr. pr. Str. verkauft.

Rübsl ohne Umsag, loco 9½ Thlr. Gld.

Spiritus befestigt sich mehr in der Metnung und würde pr. April-Mai nicht unter 13 Thlr. anzukommen sein, loco 12½ Thlr. bez., 12½ Thlr. Gld.

Zink matt, loco 4½ Thlr. Br.

Wasserstand.

Oberpegel.

Unterpegel.

Am 20. Februar: 16 Fuß 9 Zoll. 5 Fuß 4 Zoll.

Berlin, 19. Febr. Weizen loco 63—67 Thlr. Roggen loco 59½—62 Thlr., pro Febr. 58½ Thlr. verk., pro Frühjahr 59½ und 59½ Thlr. verk., 59½ Br., 59 Gld. Gerste, gr. 40 bis 43, kl. 37—39 Thlr. Hafer loco 26—27, pro Frühjahr 48½ Sgr. 26½—26 Thlr., 50½ Sgr. 27 Thlr. nominell. Erbsen 50—54 Thlr. Rapsaat, Winter-Raps und Winter-Rübsen 68 bis 66 Thlr., Sommer-Rübsen 54—52 Thlr. Feinsaat 56—55 Thlr. Rübsl loco 9½ Thlr. Gld., 9½ verk., 9½ Gld. Febr., pro Februar-März, März-April und April-Mai 9½, 9½ Gld. Spiritus loco ohne Faß 26½—27 Thlr. bez., mit Faß pro Febr. und Febr.-März 26½ Br., 26½ verk., 26½ Gld., März-April 26½ bez. u. Br., 26½ Gld., April-Mai 27 bez. Br. u. Gld. Stettin, 19. Febr. Weizen 100 Wisp. pomm. 88½—89½ Sgr. und 89½ Sgr. effekt. pro Frühjahr mit 64 Thlr. bez., 100 Wisp. 89—90½ Sgr. alter pommerscher pro Frühjahr 65 Thlr. bez. Roggen geschäftslos, 82½ Sgr. pro Februar 58 Thlr. bez. und Gld., pro Frühjahr 59½ Br. und Gld., pro Mai-Juni 60½ Br. und Gld., pro Juni-Juli 62 Br. Gerste und Hafer ohne Handel. Pernauer Feinsaat 11½ Br., rigaer 11½ Br., memeler 7½—8½ Thlr. nach Qualität Brief. Rübsl angenehmer, loco 9½ Thlr. Br., pro Februar-März 9½ Thlr. Gld., pro März-April 9½ Gld. Spiritus fest, am Landmarkt ohne Faß 13½ pSt. bez., loco ohne Faß 13½—14 pSt. bez., pro Februar-März 13½ pSt. ohne Faß Br., 13 pSt. bez. mit Faß 13½ pSt. Gld., pro Frühjahr 13—12½ pSt. bez., 12½ pSt. Br., pro Juni-Juli 12½ pSt. bez., 12 Br.

Mannigfaltiges.

— Die Kultur hat auch unter den altenburger Bauern Fortschritte gemacht. Bei der Vermählung der Prinzessin Elisabeth sind sie, gegen 300 Mann stark, in ihrer eigenthümlichen Nationaltracht zu Hof auf das Schloß gezogen, um ein prachtvoll gearbeitetes Album mit Szenen aus dem altenburgischen Landleben und ein Gedicht des als Dichter bekannten Bauers Zacharias Kresse zu überreichen.

— (Außerordentliche Fruchtbarkeit eines Schafes.) In der Schäferei des Mitterguts Orpenbors (Kreis Osterburg) machte sich ein Mutterthier durch auffallende Magerkeit bemerkbar, und es wurde daraus geschlossen, daß dasselbe, was häufiger geschieht, zwei Lämmer gebären würde. Vor einigen Tagen nahm die Entfruchtung des Schafes so zu, daß es sich allein zu erheben nicht im Stande war, die Geburtswehen stellten sich ein, und das Schaf gebar sechs vollständig ausgelegene lebende Lämmer, worunter 4 männliche und 2 weibliche sich befanden.

Fahrten und Schicksale in Australien. — Ein Marsch durch das Murray-Thal.

(Von Fr. Gerhäuser.)

Als ich von meinem früheren Begleiter Abschied genommen, schaltete ich meine Jagdtasche, Decke und Büchse, und schritt rasch den hier ziemlich befahrenen Weg entlang am Edwardriver, einem toten Arm des Murray, hinunter. Der Edward erhält sein Wasser einzig und allein vom Murray, und scheint einst bei hoher Fluth gebildet zu sein, denn er schneidet eine starke Biegung ab die hier der Hauptstrom nach Süden macht, und behält gewissermaßen eine ziemlich gerade Richtung nach Westen bei. Fließendes Wasser enthält er keines, und wird im Sommer gewöhnlich nur, wie alle übrigen Gewässer Australiens, durch eine Kette von Seelen bezeichnet. Das Land zu beiden Seiten ist flach, von zahlreichen Lagunen durchschnitten, der Boden ein grauer, im leichten Wetter febriger Schmelboden, der aber halb trocken schon wieder aufspritzt und allem Anschein nach nur sehr geringer Kultur fähig ist. Nichtsdestoweniger begann hier der sogenannte Salzbusch, und das Vieh schien doch etwas mehr Nahrung zu finden als weiter hinauf. Bis hierher war es aber auch wirklich entsetzlich gewesen das Elend der armen Kinder besonders mit anzusehen. Zu Hunderten habe ich sie an den Rändern der Lagunen verfunken und verhungert gefunden, während ihnen Krähen und Eistern noch bei lebendigem Leibe die Augen aushackten und ihnen die und da auch, ehe das Leben ganz entflohen, wilde Hunde den Leib aufrißen und die Gedärme herauszerrten. Es war furchtbar mit anzusehen, und ich werde den gräulichen Anblick lange nicht vergessen.

Der Salzbusch hier hielt sie doch wenigstens am Leben, wenn er sie auch gerade nicht mästen konnte, und die Schafe schienen sich ganz vortreflich dabei zu befinden. Dieses soll übrigens auch die beste Schafweide Australiens sein, und ungeheure Heerden werden hier gehalten.

Der Salzbusch ist eine ganz eigenthümliche Art von Gewächs, oder vielmehr von Gewächsen, denn die Engländer hier begreifen unter diesem Namen eine große Anzahl der verschiedensten Pflanzen. Der hauptsächlichste Busch, der diesen Namen führt, hat ein nicht sehr großes herzförmiges hellgrünes und wie mit Mehl bestreutes Blatt mit einem sehr salzigen Geschmack; der Busch wird bis zu 6 und 8 Fuß hoch. Eine ganze Gattung von Eisgewächsen mit dicken wässrigen Blättern benennen die Engländer ebenfalls mit diesem Namen, obgleich sie sicherlich nicht zu demselben Geschlecht gehören. Einige von ihnen sehen sehr hübsch und frisch aus, und ich begreife wahrhaftig nicht, wie sie alle aus dem dürren Boden die Feuchtigkeit einsaugen. Das Hauptnahrungsmittel der Schafe hier ist übrigens das sogenannte pigs face (Schweinsgesicht), ein jedenfalls höchst unpoetischer Name; es ist dies eine Kaktusart, die im Herbst, nach rother Blüthe, eine kleine ebenfalls rothe, höchst wohlriechende Beere tragen soll. Das pigs face selber kommt in dreieckigen dicken fleischigen Blättern oder Stangen aus der Erde heraus, und die Schafe fressen es sehr gern; es giebt übrigens verschiedene Arten davon, die sich im Aeußeren allerdings gleichen, im Geschmack aber einen genaueren Unterschied zulassen. Eine Art schmeckt sehr salzig, eine andere bloß wässrig mit leisem Bitter, etwa wie rohe Gurken, und eine dritte, von der ich selbst mehrmals bedeutende Mahlzeiten gehalten, hat einen Nachgeschmack fast wie reife Herzkräuter.

Die Blatts verzehren die pigs face in großen Quantitäten, aber auch von den Schafen wird es hier und da gestressen, und ich glaube, daß es einen vorzüglichen Salat geben würde. Mancher Verirrte hat sich schon das Leben damit erhalten.

Die Vegetation blieb sich sonst ziemlich gleich: Gummibäume in der Nähe des Flusses und Thee- und Bienenbüsche mit dem Salzbusch in den sogenannten Fläts. Das traurigste von allen Pflanzenarten ist aber das Eignum, das in den der Ueberschwemmung ausgesetzten Ebenen gedeiht. Es sieht genau so aus, als ob die dürren Stangen von dem Vieh abgetrieben, und ihrer Blätter total beraubt wären; es wächst aber gleich abgetrieben, und das Vieh ist ganz unschuldig an dem trübseligen Aussehen desselben — es rührt die holgigen Zweige nicht an.

Die Nacht lagerte ich am Edward-River in einem kleinen Gehölz von sogenanntem Vorwood — Gummibäumen ebenfalls, nur mit etwas anderer Rinde — und mein Abendbrot war ein Kakadu. Das Fleisch ist übrigens hart, dunkelroth und trocken, und nur der äußerste Hunger vermochte mich dazu, den mir überdies widrigen Papagaien Geruch zu überwinden. Ich zog dem Burschen, den ich Abends schon in tiefer Dämmerung aus einem Gummibaum herausgeholt hatte, das Fell ab und brat ihn auf den Kohlen. Ich hatte mir nämlich ein tüchtiges Feuer gemacht, denn obgleich ich den Tag Indianer getroffen, sollten sie in dieser Gegend doch nicht gefährlich sein; wenigstens war kein Beispiel bekannt geworden, wo sie einen Weißen ermordet hätten. Am nächsten Morgen wollte ich nicht wieder einen Kakadu fröhlichkeiten, mußte aber zwölf starke Meilen marschieren, ehe ich an eine Station kam, und ich erlaube mir hier nicht wenig an kaltem Rindfleisch, Thee und Dämpfer, oder damper, wie es die Engländer nennen. (Fortsetzung folgt.)

[933] Bei Ludwig Heege in Schweidnitz ist erschienen und in Breslau bei G. P. Aderholz, so wie in allen andern Buchhandlungen zu haben:

Beihnährige auf Beweise gegründete Erfahrungen über Entwässerung der Felder

durch Gräben, Drains und Kanäle, von H. W. Gurn, Gutsbesitzer zu Groß-Wierau am Zobten, geb. Preis 6 Sgr.

Bei Trewendt und Granier in Breslau und in allen Buchhandlungen ist zu haben: [928] Zur Selbstanfertigung vieler Handels-Artikel:

Der industriöse Geschäftsmann, oder 400 Anweisungen zur Fabrikation vieler Handelsartikel, als: Aquavite, Essige, Parfümerien, Essenzen, Hefen für Bäcker und Branntweinbrenner, Seifen, Firnisse, Extrakte, Chokoladen, Tinten, Stiefelwischen, und verschiedene Haus- und Heilmittel. Vierte verbesserte Auflage von Fr. Simon, Chemiker. Preis 25 Sgr.

Auch bei Heege in Schweidnitz, Weiß in Grünberg, Gerschel in Liegnitz und in allen Buchhandlungen vorräthig.

Carnevals-Ball der Städtischen Ressource.

Der Saal wird nicht eher als um 6 Uhr geöffnet. Der Beginn des Balles ist präcise 7 Uhr.

Der Vorstand. [940]

Breslauer Handlungsdiener-Ressource.

Sonnabend den 28. Februar Ball in Viebichs Lokal. Eröffnung des Saales 7 Uhr, Beginn des Balles 8 Uhr. Gastbilletts werden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Abends im Ressourcen-Lokal, Ring Nr. 32, ausgegeben. Hiesige Kollegen, die nicht Mitglieder sind, dürfen als Gäste nicht eingeführt werden.

Die Mitglieder haben nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Zutritt.

Der Vorstand. [1713]

[1727] Verbindungs-Anzeige.

Statt jeder besonderen Meldung, zeigen wir hierdurch ergebenst an, daß wir heute ehelich verbunden worden sind.

Opyeln, den 19. Februar 1852.
Messerschmidt, Regierungsrath zu Bromberg.
Susanna Messerschmidt, geb. Krüger.

Friederike Goldscheider,

B. S. Lewy,

Verlobte.

[1717] Breslau, den 20. Februar 1852.

[1732] Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Vergangene Nacht starb plötzlich zu Dresden, vom Schlage getroffen, mein innig geliebter Sohn, der Handlungs-Kommiss Paul Otto, 21 Jahr alt. Um stille Theilnahme bitten:

P. Otto, Bäckermeister.

B. Günzel, als Schwester.

B. Günzel, als Schwager.

Breslau, den 19. Februar 1852.

[1733] Todes-Anzeige.

Heute Vormittag 9½ Uhr starb unsere einzige geliebte Tochter und Schwester, Augustine Agnes Albertine, nach langem Leiden im Alter von 22 Jahren 1 Monat. Dies zur Anzeige der Verwandten und Bekannten.

Breslau, den 20. Februar 1852.

Güttel, Steuer-Aufscher,
die Mutter und Brüder.

[1734] Todes-Anzeige.

Das heute früh 1½ Uhr nach langem Leiden an organischem Herzfehler erfolgte Ableben unserer innig geliebten Tochter, Schwester und Schwägerin Mathilde, in dem blühenden Alter von 20 Jahren, zeigen wir Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hierdurch an.

Priebrn, den 19. Febr. 1852.

Die tiefbetrübte Mutter,

verw. B. Börner,

nebst Geschwistern u. Schwägern.

[936] Todes-Anzeige.

Am 18. d. Mts. endete seine irdische, vielgeprüfte Laufbahn unser guter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, der gewesene Beamte, Ch. S. Feyerabend, im Alter von 72 Jahren.

Meißenau und Auras, den 19. Febr. 1852.

Die Hinterbliebenen.

[932] Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Das nach achtstägigem Krankenlager an Herz-Erweiterung heute früh um 7½ Uhr erfolgte seel. Hinscheiden unserer geliebten Mutter, Schwiegermutter, Tante und Großtante, der verwitweten Frau Kaufmann Friederike Louise Wollen, geb. Henschel, im nicht vollendeten 63ten Lebensjahre, zeigen tiefbetrübt hierdurch ergebenst an:

Die Hinterbliebenen.

Breslau, den 19. Februar 1852.

Die Beizehung bei Hofmörtern findet Sonnabend um 3½ Uhr statt.

Theater-Repertoire.

Sonnabend, den 21. Febr. 45te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. „Der böse Geist Lumpacivagabundus oder das lächerliche Kleeblatt.“ Zauberposse mit Gesang in drei Akten von Johann Neffrop. Musik von Adolph Müller.

Sonntag, den 22. Februar. 46te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Von Sten Male: „Die lustigen Weiber vom Windfor.“ Komisch-phantastische Oper mit Tanz in drei Akten. Musik von Otto Nicolai.

Dienstag, den 24. Febr. d. J. findet die diesjährige Theater-Redoute als maskirter und unmaskirter Ball statt. Billets à 1 Thlr., mit denen das Recht des Zutritts zu allen Logenräumen des ersten und zweiten Ranges verbunden ist, sind im Theaterbureau und am Abende des Balles an der Kasse zu haben.

Sonntag, den 22. Februar

3. Quartett-Matinée

im Saale des Königs von Ungarn, Mittags 11 Uhr. Entree-Billets, à 20 Sgr., sind in allen Musikhandlungen zu haben. An der Kasse Entree 1 Rtl.

A. Blecha.

[920] Musikdirektor am Theater.

[1712] Zur öffentlichen Prüfung

der Jüglinge der hiesigen israelitischen Knaben-Waisenanstalt, Sonntag den 22. Februar, Vormittag von 9—12 Uhr, im Saale des Fränkischen Hospitals, ladet die Gönner der Anstalt ergebenst ein:

Der Vorstand.

Meinen Dank!

[1721]

Lätitia.

[1709]

Sonntag den 22. Februar Soirée.

Anfang Punkt 7½ Uhr.

Die ersten drei Nummern der humoristischen Wochenschrift:

[882]

Quodlibet,

Redakteur Dr. J. Lasfer, sind erschienen. — Bei allen königl. preuss. Post-Anstalten werden Abonnements gegen Bezahlung von 12½ Sgr. pro Quartal angenommen.

In Breslau abonnirt man Herrenstraße Nr. 20 für 10 Sgr. pro Quartal, wo auch Inserate für das Quodlibet entgegen genommen werden.

Die Expedition des Quodlibet.

[917] Eine junge Dame sucht eine Stellung als Gesellschaftlerin oder Vertreterin der Hausfrau in der Wirtschaft, wie bei der Erziehung von Kindern. Nähere Auskunft ertheilt:

Prof. Dr. Köppl.

Breslau, den 17. Februar.

[1704] In meinem, mit Repetitorium verbundenen Pensionat, können zu Ostern noch einige Knaben unter billigen Bedingungen elterliche Aufnahme finden.

Anlauff, Lehrer, Ziegengasse Nr. 8.

[942] An English lady is desirous of obtaining a situation as governess in a respectable family. References to be had by the Rev. J. C. Hartmann, Missionary from the London Society, Fried. Wilh. Strasse 7, Breslau.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Ursuliner-Strasse Nr. 26 belegenen, auf 4120 Rthlr. 5 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 20. März 1852,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Stadtrichter Kölsch, in unserm Parteien-Zimmer — Junkern-Strasse Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden.

Breslau, den 24. Nov. 1851.

[92] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Kleinen Schellingstrasse Nr. 6 belegenen, auf 10,086 Rthlr. 3 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin

auf den 23. März 1852,

Vormittags 11 Uhr,

in unserm Parteienzimmer — Junkern-Strasse Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registatur eingesehen werden.

Breslau, den 11. August 1851.

[89] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[180] Öffener Arrest.

Ueber den Nachlaß der verehel. Zimmermeister Henriette Tieß, geb. Nitkowska, ist der erbbauliche Liquidationsprozeß eröffnet worden. Es werden daher alle diejenigen, welche von der Henriette Tieß etwas an Geldern, Effekten, Waaren und anderen Sachen, oder an Briefschaften hinter sich, oder an dieselbe schuldige Zahlungen zu leisten haben, hierdurch aufgefordert, weder an die Tießschen Erben noch an sonst jemand das Mindeste zu verabsolgen oder zu zahlen, sondern solches dem unterzeichneten Gericht sofort anzuzeigen und die Gelder oder Sachen, wiewohl mit Vorbehalt ihrer Rechte, daran, in das stadtgerichtliche Depositionsamt einzuliefern. Wenn diesem offenen Arreste zuwider dennoch an die Tießschen Erben oder sonst jemand etwas gezahlt oder ausgeantwortet würde, so wird solches für nicht geltehen geachtet und zum Besten der Masse anderweit beizutreiben werden. Wer aber etwas verschweigt oder zurückhält, der soll außerdem noch seines Unterpfands oder anderen Rechts daran gänzlich verlustig gehen.

Breslau, den 14. Februar 1852.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1716] Ein junger militärfreier Mann, welcher bereits vor 3 Jahren das Altkor-Examen zur Zuliehung abgelegt, als solcher auch bei königl. Gerichten gearbeitet, der später als Rentmeister und Pollzet-Verwalter und zuletzt als Privat-Sekretär fungirt hat, sucht ein dem entsprechenden baldiges Unterkommen. Das Nähere auf portofreie Briefe unter der Adresse A. R. poste restante Gleiwitz.

Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir zeigen den Herren Actionairen ergebenst an, dass durch den Beschluss der Gesellschafts-Vorstände die Dividende für das Jahr 1851 auf acht und ein halb Procent der baaren Einlage, mithin auf siebenzehn Thaler Courant pro Actie festgesetzt worden ist, und dass dieselbe in unserm Comptoir, Albrechtsstrasse Nr. 35, in den Vormittagsstunden von 10—12 Uhr gegen Production des quittirten Dividendenscheines pro 1851 erhoben werden kann.

[918]

Die Direction.

Hülfe

für alle Hautkrankte.

Das ächte, mit k. preussischer Concession belichene Kummerfeld'sche Waschwasser, welches sich seit 60 Jahren durch viele tausend segensreiche Erfahrungen bewährt hat, heilt radikal und ohne alle schädliche Nachwirkung alle nasen und trocknen Flechten, Schwinden, Finnen, Pusteln, veraltete Krätze, Kupferflecken, Hitzbläschen und alle derartigen Ausschläge und Hautkrankheiten. — Gerichtlich beglaubigte Zeugnisse werden jeder Flasche beigegeben, auch auf frankirte Anfragen Jedem gern mitgetheilt. — Die ganze Flasche kostet 2 Thlr. 5 Sgr., die halbe 1 Thlr. 10 Sgr. und ist einzig und allein zu beziehen von **Dr. Ferd. Jansen**, Buchhändler in Weimar. — Briefe u. Gelder franco.

Der beste Beweis von der seltenen segensreichen Wirksamkeit dieses Heilmittels sind wohl die verschiedenen Verläufe, welche von Zeit zu Zeit gemacht werden, dasselbe nachzubilden zu wollen. Einige dieser Nachbildner sind aufrichtig genug, es selbst als nachgemachtes Fabrikat anzubieten — andere offeriren das ächte Waschwasser. — Das leidende Publikum wird aufmerksam gemacht, dass nur dasjenige Waschwasser ächt ist, für welches die auf mehr als 60jähriger Erfahrung beruhenden, gerichtlich recognoscirten Zeugnisse sprechen, und dieses ist einzig allein dasjenige, welches auf der Etiquette mit der eigenhändigen Unterschrift des Dr. Ferd. Jansen versehen und mit dem bekannten Siegel der Frau Kummerfeld verschlossen ist. — Die gerichtlich beglaubigten Zeugnisse werden von Dr. Ferd. Jansen auf frankirte Anfragen bereitwillig mitgetheilt — auch liegt bei demselben eine Anzahl von mindestens 500 Briefen zur Ansicht, welche sich über günstige Erfolge anerkennend aussprechen, aber für die Oeffentlichkeit nicht bestimmt sind.

Von diesem ächten Kummerfeld'schen Waschwasser besitze ich das alleinige Lager für Schlesien.

[937]

Eduard Groß in Breslau, am Neumarkt Nr. 42.

Bleichwaaren-Beforgung.

Bei herannahender Fleischzeit zeige ich hiermit ergebenst an, dass Endesgenannte auch in diesem Jahre Bleichwaaren aller Art, als: **Leinwand, Tisch- und Handtuchzeuge, Garne und Zwirn** zur Beförderung an mich übernehmen, und solche nach erlangter vollkommen schöner unschädlicher Natur-Nasenbleiche gegen Bezahlung

meiner eigenen Rechnung

den resp. Eigenthümern wiederum zurückliefern werden. Die mir anvertrauten Waaren sind gegen Feuersgefahr versichert, und werde ich es mir auch ferner aufs eifrigste angelegen sein lassen, das mir nun schon seit einer längeren Reihe von Jahren zu Theil gewordene Vertrauen durch reelle, rasche und möglichst billige Bedienung aufs Vollkommenste zu rechtfertigen. — Auf recht reichliche Einlieferungen hoffend, bemerke ich noch, dass die **Annahme zur Bleiche** an den Einlieferungsorten für **Garn und Zwirn Ende Juni, für Leinwand und dergl. Ende Juli** geschlossen wird. Auch das **Wirken** von Leinwand, Taschentüchern, Schachwiz und Damast in allen Längen und Breiten bin ich gern bereit, wie bisher, auf das Beste und Billigste zu besorgen.

Greiffenberg in Schlesien, im Februar 1852.

Richard Fischer sen.

[931]

Bleichwaaren zur Beförderung an mich übernehmen:

In Breslau Herr Herrmann Steffe, Reuschestraße Nr. 63.

In Bernstadt	Herr Jul. Guder.	In Miesowig	Herr M. Herzberg.
= Beuthen D/S.	= Adolf Eliason.	= Namslau	= Ernst Werner.
= Bojanowo, G. Przt. Pos.	= Joh. Aug. Starke.	= Neisse	= Jos. Hönke.
= Brieg	= Aug. Priemel.	= Neusalz a/D.	= August Radsch.
= Bunzlau	= J. G. Rost.	= Neustadt N/S.	= J. E. Klose's sel. Wwe.
= Freistadt	= G. Ismer.	= Neustadt D.-Schl.	= J. J. Meßels Wwe.
= Gleiwitz	= Ludwig Schlesinger.	= Nimptsch	= F. W. Ruppelt.
= Gr. Glogau	= J. G. Leipner.	= Oppeln	= C. J. Heidenreich's Wwe.
= Ober-Glogau	= C. Schwingel.	= Parnitz	= J. W. Kunze.
= Goldberg	= Joh. E. Günther.	= Ratibor	= D. Wesselmann.
= Grottkau	Frau Wilhelmine Scholz.	= Rawicz	= A. Grunwald.
= Grünberg	Herr Heinr. Rothe.	= Rosenberg D/S.	= B. Kupke u. Sohn.
= Guhrau	= Ad. Ratsch.	= Rybnik	= L. J. Weigert.
= Gutentag D/S.	= D. Epsteins Söhne.	= Sagan	= A. Siewczynsky.
= Haynau	= A. E. Fischer.	= Sorau N.-Lausitz	= Fr. Schnippers Erben.
= Hoyerwerda	= W. Erbe.	= Sprottau	= J. W. Radsch.
= Jauer	= C. A. Schenk.	= Steinau a/D.	= Gust. Krummnan.
= Kempen G. Przt. Pos.	= D. Wieruszowsky.	= Gr. Strehlig	= C. H. D. Volland.
= Kosel	= C. Schäfer.	= Schmiegel, G. Przt. Pos.	= W. Herrmann.
= Kreuzburg D/S.	= J. W. Mastbaum.	= Tarnowitz	= C. Ed. Nitsche.
= Krotoschin G. Przt. Posen	= Th. St. Blanquart.	= Trachenberg	= Ludw. Groß.
= Leobschütz	= Eduard Saullich.	= Trebnitz	= C. Raschky.
= Liegnitz	= C. A. Röther.	= Tost	= P. J. Urban.
= Lubenberg	= C. A. L. Voigtländer.	= P. Wartenberg	= Franz Kurka.
= Lublinitz	= J. L. Peschke.	= Wohlau	= F. W. Krieger.
= Militsch	= H. J. Ertel.		= Ed. Mademacher.

In Bezug auf vorstehende Anzeige erlaube ich mir, zu recht reichlichen Einlieferungen aller Arten von Bleichwaaren ergebenst aufzufordern, deren prompte und gute Beforgung ich mir angelegen sein lassen werde.

Breslau, im Februar 1852.

Herrm. Steffe, Reuschestraße Nr. 63.

Haus- und Geschäfts-Verkauf.

Ein schönes massiv gebautes Eckhaus in einer belebten Kreisstadt, worinnen seit vielen Jahren ein Kolonial-Waaren-Geschäft und Destillation mit gutem Erfolg betrieben, ist Familienverhältnisse halber aus freier Hand zu verkaufen; gefordert werden 5400 Thaler, Anzahlung 1000 Thaler, und wäre wünschenswerth, wenn Käufer die vorhandenen Waarenbestände und Destillations-Utensilien für einen soliden Preis mit übernehmen möchte. — Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe der Kaufmann Herr **Carl Heidrich** in Liegnitz.

[943] Ein ordentlicher Mann, der gegen freie Wohnung die Vereinnagung eines Hauses übernehmen würde, ist zu erfragen im goldenen Löwen, neue Schweidnitzer Straße, bei Herrn Kaufmann Lorke.

Vielefelder Leinwand à 20 bis 60 Ebl. **Feine und schlechte Leinen** in allen Qualitäten empfiehlt billigt **Moritz Hauser.**



[1708] Gut schlagende Kanarienvogel und andere Singvögel, englische Kampfbühner, franz. Zwergbühner, veredelte Tauben, verschiedene Hühner, und einige Handkähne sind zu verkaufen beim Schwimmeister **Knaub**, Neustadt, Breitestraße 38.

[1702] Delgemälde, worunter das Brustbild Sr. Majestät in Lebensgröße, Landschaften, Köpfe und Heiligenbilder, sind billig zu verkaufen Ring Nr. 56 bei Bäcker.

[1715] **Necht v. Schüt'scher Gesundheits-Taffet** nebst Gebrauchseitel, sowie der gewöhnliche **Wachs-Taffet** in gelb und grün ist zu haben bei **Wilh. Hegner**, Ring goldne Krone.

Rollen zu Scheiteln,

[1720] das Paar 2 1/2 Sgr. bei **Robert Heyer**, Reuschestraße Nr. 58 u. 59.

Advertisement.

[83] Nachbezeichneter Wechsel, wörtlich lautend: Nr. 11,071. Erfurt, den 28. April 1851, für Thaler 49. 29. 11.

Am 1. Juli d. J. zahlen Sie für diesen Prima-Wechsel an die Ordre von mir selbst die Summe von Neun und vierzig Thaler 29 Sgr. 11 Pf. den Werth in mir selbst und stellen solchen auf Rechnung laut Bericht.

Mad. C. J. Anders angenommen in Erfurt, C. J. Anders, für mich an die Ordre des Herrn J. W. Hölterhoff Werth in Rechnung. Copen, den 8. Mai 1851.

Joh. Pet. Fremerey.

Für mich an die Ordre der Schiller'schen Kammgarn-Spinnerei den Werth in Rechnung. Lempe, den 21. Mai 1851.

J. W. Hölterhoff.

ist angeblich auf der Post zwischen Lempe und Breslau verloren gegangen. Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird hiermit a. gesordert, denselben binnen drei Monaten an die unterzeichnete Behörde einzulösen. Nach Ablauf dieser Frist wird der Wechsel für kraftlos erklärt werden.

Erfurt, den 13. Januar 1852.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung. Seiler.

[85] **Nothwendiger Verkauf.** Kreis-Gericht zu Lauban.

Das Hundertsche Mühlengrundstück Nr. 89 zu Harthe bei Nieder-Schönbrunn, abgetheilt auf 9160 Rthl. zufolge der nebst Hypotheken-Schein in unserm III. Bureau einzusehenden Lage soll am

2. August 1852, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

[941] **Möbel-Auktion.** Wegen Ortsveränderung soll Dienstag den 24. d. M. Vormittags von 9 Uhr und Nachmittags von 2 Uhr ab Büttnerstraße Nr. 31, 2 Etagen hoch, ein vollständiges Mobiliar, sowie Haus- und Küchengeräthe öffentlich versteigert werden.

Saul, Auktions-Kommissarius.

[1705] **Wein-Auktion.** Montag, den 23. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, sollen auf dem neuen Packhofe in der Nikolai-Vorstadt die Restbestände der am 11. d. begonnenen Auktion in herben Ungar-, Rhein- und Champagner-Weinen meistbietend versteigert werden.

Diebstahl. öffentlicher Auktionator.

[1604] Meine Wohnung ist **Schweidnitzerstraße Nr. 5, 1 Treppe hoch.** **Dr. Friedländer,** prakt. Arzt und Wundarzt.

[929] Ich warne hiermit Jedem, auf meinen oder den Namen meines Destillationsgeschäfts **M. Morgenstern in Neumarkt** irgend Jemandem etwas zu borgen, das ich nicht selbst schriftlich bestellt, indem ich nur hierfür auskomme.

Theresia Morgenstern, Inhaberin des Destillationsgeschäfts: **M. Morgenstern in Neumarkt.**

Die Bestellungen auf die **neu erfundene Schreibfeder** mehrten sich, der Künstler derselben giebt sich Mühe, noch Verbesserungen anzubringen. Aufträge werden jedoch angenommen und nach Vorschrift ausgeführt durch

Eduard Groß in Breslau, am Neumarkt Nr. 42.

[885] Ein junger, unverheiratheter Mann, militärsfrei, mit den besten Zeugnissen versehen, welcher früher Oekonom war und jetzt die Rüben-Zucker-Fabrikation praktisch erlernt hat, wünscht eine Anstellung als Siedemeister, resp. als Dirigent einer Zuckersabrik zu Ostern oder Johanni d. J. Nähere Mittheilungen auf frankirte Briefe, bezeichnet: **J. A. 34. Poste restante, Hadmersleben, p. Magdeburg.**

[1694] Ein tüchtiger Zahnarbeiter — nur ein solcher — findet Beschäftigung beim Zahnarzt **Block**, Schaubrücke 38.

Den Herren Handwerkern und Fabrikanten empfiehlt sich ein junger Mann, geübter Buchhalter, für einige Stunden des Tages oder der Woche zur Regulirung der Bücher. Adressen beliebe man sub G. M. poste restante Breslau abzugeben. [867]

[1637] In einer lebhaften Provinzialstadt Schlesiens ist eine gut eingerichtete, massiv gebaute **Delfabrik** mit den gehörigen Räumen, welche bloß Familienangelegenheiten halber verkauft wird, bei einer Anzahlung von 6000 Thlr. bald zu verkaufen. Zahlungsfähige ernüchterte Käufer erfahren das Nähere durch den Kaufmann Herrn **Theodor Liebig**, Breitestraße Nr. 39 in Breslau.

[837] **Commis-Stelle.** In einem Droguerie- und Farbewaaren-Geschäft kann ein Commis placirt werden durch das Comtoir von **Clemens Warnecke** in Braunschweig.

[1728] Heute Sonnabend den 21. Febr. Abends **Harfen-Konzert** im **Braunschweiger Keller**, Dhlauer Straße Nr. 5. 6, zur Hofnung.

Druck von Graß, Barth u. Comp (W. Friedrich) in Breslau.